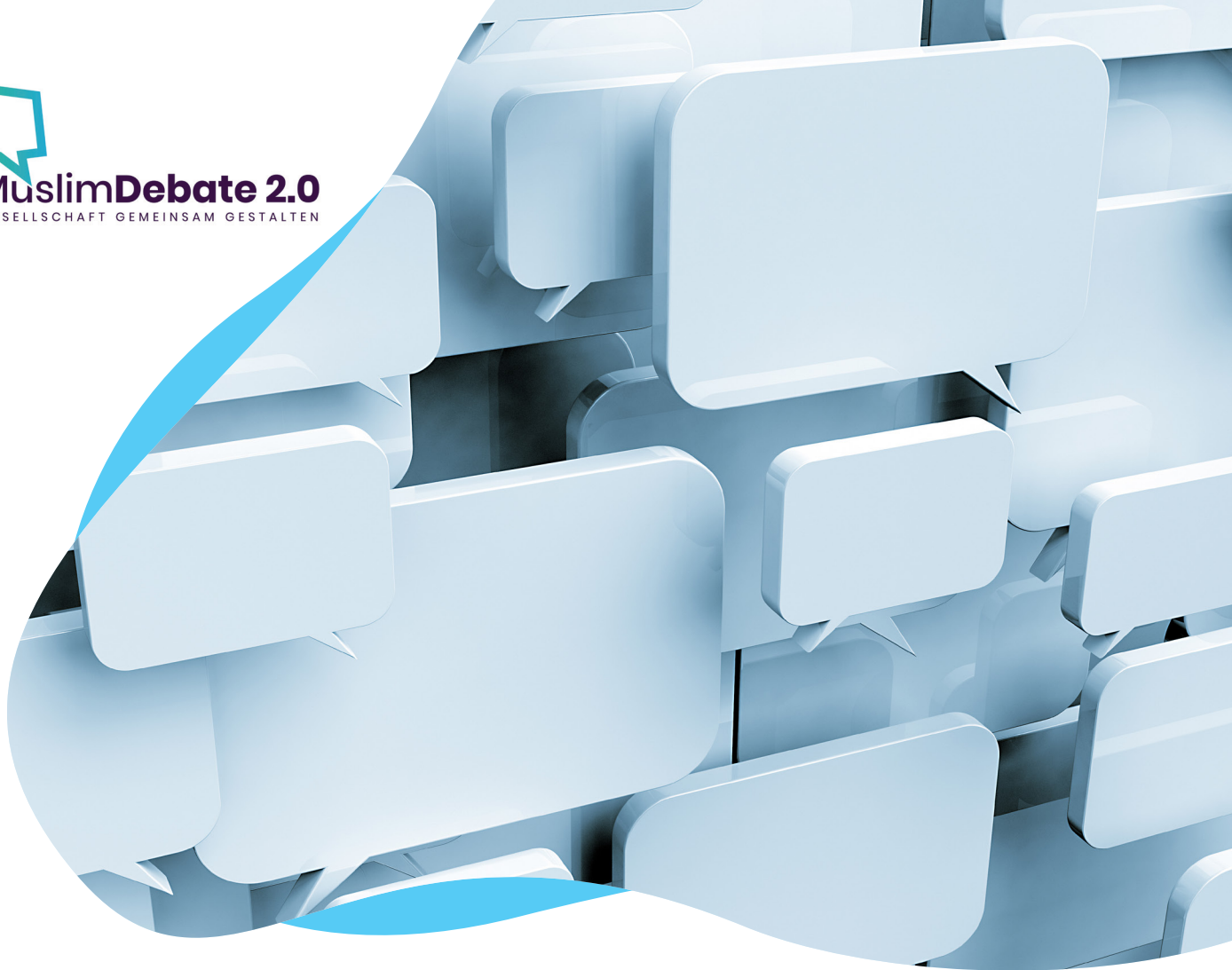




MuslimDebate 2.0
GESELLSCHAFT GEMEINSAM GESTALTEN



30 Jahre Sivas – 30 Jahre Solingen

Wie können Alevit:innen und Sunnit:innen
in Deutschland eine gemeinsame
Erinnerungskultur entwickeln?

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



**Deutsche
Islam
Konferenz**



Alhambra Gesellschaft e.V.

Impressum

Alhambra Gesellschaft e.V.

Postfach 21 02 16

10502 Berlin

Eingetragen am Amtsgericht Köln, VR 19469

Kontakt:

E-Mail: info@alhambra-gesellschaft.de

Webseite: www.alhambra-gesellschaft.de

Twitter: twitter.com/Alhambra_eV

Instagram: www.instagram.com/alhambragesellschaft

Facebook: www.facebook.com/AlhambraGesellschaft

Inhalt:

Vorwort

Nachdenken über eine gemeinsame Erinnerungskultur von Aleviten und Sunniten in Deutschland

Kammingespräch mit Berivan Aymaz / von Klaus Waldmann

30 Jahre Sivas – Antialevitischer Rassismus in Geschichte und Gegenwart

Gökhan Güngör

Der Solinger Brandanschlag – eine biografische und gesellschaftspolitische Annäherung aus der Perspektive einer deutsch-türkischen Solingerin

Birgül Demirtaş

Ergebnisse der Diskussionen in den Arbeitsgruppen und Handlungsempfehlungen

„Dass die einen über den Schmerz der anderen mittrauern“

Bericht über die öffentliche Podiumsdiskussion / von Klaus Waldmann

Vorwort

Das Projekt MuslimDebate 2.0 will den innermuslimischen Diskurs über religiöse, soziale und politische Fragen weiter vorantreiben, gesamtgesellschaftliche Diskurse über Fragen und Herausforderungen einer Migrationsgesellschaft aufgreifen, aber auch neue Debatten in verschiedenen Kreisen anstoßen, indem es heikle Themen anspricht und sich nicht davor scheut, den Finger in die Wunde zu legen. Muslimische und (migrantische) Communitys sollen ihre Positionen zu zentralen gesellschaftlichen Themen in Deutschland reflektieren, mit nicht-muslimischen Akteur:innen der Zivilgesellschaft ins Gespräch kommen und sich in soziale und politische Prozesse einbringen.

Debatten um die Erinnerungskultur und die Aufarbeitung historischer Ereignisse sind für die Gesellschaft von immenser Bedeutung. In Deutschland drängen dabei unmittelbar die Themen Holocaust, Shoa, Nationalsozialismus, SED-Diktatur oder Wiedervereinigung ins Bewusstsein. Doch eine Erinnerungskultur ist sehr vielschichtig und komplex und dazu gehören auch Erfahrungen von Migrant:innen, die in ihren Herkunftskulturen Pogrome erlebt haben oder als Teil der deutschen Migrationsgesellschaft Opfer von rassistischer Gewalt geworden sind. Dass von Gewalt-erfahrungen geprägte Beziehungen zwischen verschiedenen migrantischen Communitys die Gestaltung einer gemeinsamen Erinnerungskultur erheblich belasten, zeigte die erste nicht-öffentliche Tagung des Projekts MuslimDebate 2.0 vom 2. bis 4. Juni 2023 im Gustav-Stresemann-Institut, Bonn. Den Ausgangspunkt stellte die Frage, wie Alevit:innen und Sunnit:innen in Deutschland im Kontext von 30 Jahren Sivas und 30 Jahren Solingen eine gemeinsame Erinnerungskultur entwickeln können.

Um das Thema auch in die Debatten der allgemeinen Öffentlichkeit hineinzutragen, wurde am 13. Juli 2023 eine Podiumsdiskussion in Berlin veranstaltet, die auf ein breiteres Publikum abzielte. Das Gespräch wurde aufgezeichnet und ist auf der Webseite sowie auf dem YouTube-Kanal des Vereins abrufbar. Unter dem Titel „Wie kann uns das Erinnern in einer vielfältigen Gesellschaft gelingen?“ diskutierten die folgenden Podiumsgäste: Cem Özdemir – Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft und Abgeordneter der Grünen, Prof. Dr. Özen Odağ – Professorin für Psychologie am Touro College Berlin und Dr. Hüseyin Çiçek – wissenschaftlicher Assistent an der Universität Wien im Bereich der Alevitisch-Theologischen Studien. Dabei wurde u.a. den Fragen nachgegangen, welche Rolle die unterschiedlichen Herkunftsbezüge beim Erinnern spielen, welche Konflikte und traumatischen Erfahrungen aus den Herkunftskontexten wir mitdenken müssen und welche unterschiedlichen Nationalismen, Rassismen, kulturellen sowie religiösen Bezüge wir dabei nicht ausklammern dürfen.

Mit dieser Handreichung sollen nun die zentralen Ergebnisse beider Veranstaltungen auch in Schriftform der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Beiträge in dieser Publikation erfolgen in der zeitlichen Abfolge des Programms. Den thematischen Einstieg ermöglichte bei der Wochenendtagung das Kammingespräch mit Berivan Aymaz – Vizepräsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen und Abgeordnete der Grünen, die ihre persönliche Wahrnehmung beider Ereignisse sowie des damaligen politischen und gesellschaftlichen Klimas den Teilnehmer:innen schilderte. In dem Zusammenhang wurden die Auswirkungen solcher extremen Gewalttaten auf die Gesellschaft und insbesondere auf die Nachfolgenerationen der Betroffenen ausführlich diskutiert. Der Aufarbeitung im Rahmen einer offeneren und inklusiveren Erinnerungskultur wurde dabei große Bedeutung beigemessen. Für eine nähere Betrachtung beider Ereignisse waren zwei Vorträge im Programm vorgesehen. Gökhan Güngör – Mitglied des Bunds der alevitischen Jugend sowie des Bunds der Alevitischen Studierenden – berichtete über die historischen Ereignisse, die im Kontext des antialevitischen Rassismus stehen bzw. gedeutet werden. Ein Überblick über den rassistischen Anschlag in Solingen konnte aufgrund des kurzfristigen Ausfalls des referierenden Gastes nicht erfolgen. Für die Publikation erklärte sich allerdings Birgül Demirtaş – Zeitzeugin des Solinger Brandanschlags und Sozialpädagogin – bereit, einen bereits veröffentlichten Artikel über ihre Perspektive auf die damaligen Geschehnisse zur Verfügung zu stellen. An dieser Stelle sei ihr für ihre Bereitschaft, den Beitrag erneut abzudrucken, nochmals gedankt!

Die Einblicke in die beiden Ereignisse und die gewonnenen Eindrücke ebneten den Weg dafür, in der anschließenden Gruppenarbeit die Grundlagen eines Zusammenschlusses von Alevit:innen und Sunnit:innen für die Entwicklung einer gemeinsamen Erinnerungskultur und für das Eintreten gemeinsamer Interessen herauszuarbeiten.

Für die wissenschaftliche Diskussion und politisch-gesellschaftliche Einordnung der bereits gewonnenen Erkenntnisse wurden einige Aspekte der Tagung im öffentlichen Podiumsgespräch mit den drei oben genannten Gästen aufgegriffen. Die zentralen Aussagen des Austauschs wurden im letzten Abschnitt der Handreichung festgehalten. Der QR-Code am Ende des Beitrags führt direkt zur Aufzeichnung des Abends.

Mit dieser Publikation und den ihr vorhergegangenen Veranstaltungen verbindet sich die Hoffnung, einen ernsthaften Dialog zwischen beiden gesellschaftlichen Gruppen sowie eine Sensibilisierung in der deutschen Gesellschaft anzustoßen bzw. angestoßen zu haben.

Nachdenken über eine gemeinsame Erinnerungskultur von Aleviten und Sunniten in Deutschland

Kamingespräch mit Berivan Aymaz / von Klaus Waldmann¹

Eröffnet wurde die Tagung mit einem Gespräch mit Berivan Aymaz, Vizepräsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen und Abgeordnete der Grünen. Eingangs konstatierte sie, dass über das Thema einer gemeinsamen Erinnerungskultur von Alevit:innen und Sunnit:innen vor dem Hintergrund des Pogroms von Sivas und dem rassistischen Brandanschlag in Solingen (1993) schwierig zu sprechen sei. Sie betonte, dass eine der Wurzeln für ihr politisches Engagement in der Menschenrechtsarbeit in NGOs liegt und erklärte, dass die Frage, wie Sunnit:innen und Alevit:innen eine gemeinsame Gedenkkultur entwickeln können, für sie persönlich sehr wichtig sei. Kurz erwähnte sie, dass sie gemeinsam mit anderen schon vor einigen Jahren ein Podiumsgespräch mit Betroffenen u.a. der Anschläge von Sivas und Mölln in Solingen veranstaltet hatte.

1993 sei sie selbst 19 Jahre alt gewesen und nach dem Anschlag in Solingen habe sie sich gemeinsam mit Kommiliton:innen an den Protesten beteiligt. Aus ihrer Sicht seien die massiven Proteste schnell ausgeartet, auch dadurch, dass es zwischen islamonationalistischen und linken Gruppierungen schnell zu Kämpfen um die Deutungshoheit gekommen war: Sollte der Protest gegen Rassismus und Rechtsextremismus im Vordergrund stehen oder sollte er sich gegen die Bedrohung und Diskriminierung von Menschen mit einem türkischen Hintergrund in Deutschland richten. Das Pogrom in Sivas sei für sie als Person mit kurdischer Herkunft sehr bedrückend gewesen, da sie ihre Kindheit zu einem wesentlichen Teil in Bingöl, einer Stadt in einer kurdischen Provinz, verbracht habe. Nach ihrer Einschätzung sei dies eine der konservativsten, sunnitisch geprägten Städte in der Türkei. Einige Viertel der Stadt seien damals von Alevit:innen bewohnt

worden. In den Jahren 1975/76 habe es in einigen Regionen der Türkei bürgerkriegsähnliche Zustände gegeben. In diesem Zeitraum habe auch das Pogrom von Maraş gegen die Alevit:innen stattgefunden. Sie kenne Ausschreitungen gegen und Übergriffe auf Alevit:innen aus ihrer Kindheit. Das sei für sie Motivation, als Nicht-Alevitin, die aus einem sunnitischen Kulturkreis kommt, regelmäßig an den Gedenkveranstaltungen für Sivas teilzunehmen. Zwar gebe es in der alevitischen Community sehr viele nachvollziehbare Vorbehalte, dennoch wäre es für ein friedliches Zusammenleben in einer Migrationsgesellschaft enorm wichtig, wenn sich mehr Personen aus der muslimisch-sunnitischen Community daran beteiligten. Von den Alevit:innen dürfe nicht erwartet werden, dass sie zuerst die Hand ausstrecken. Dies müsse die Aufgabe von Sunnit:innen sein, denn die Alevit:innen seien seit vielen Generationen das Ziel von Pogromen und Übergriffen, ohne dass eine ernsthafte Aufarbeitung stattgefunden hätte.

Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft

Die nicht aufgearbeiteten Erfahrungen, so die Überzeugung von Berivan Aymaz, würden das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft belasten und auch die quasi internen Beziehungen zwischen den verschiedenen Communitys. Eine Migrationsgesellschaft müsse für die historischen Erfahrungen und Ereignisse, die Migrant:innen durchgemacht haben, offen sein. Dies betraf vor allem die Gewalterfahrungen der Menschen in den Herkunftsländern und die Migrationsgesellschaft müsse Räume anbieten, sich mit solchen Erfahrungen zu befassen. Vor diesem Hintergrund sei auch nicht infrage zu stellen, ob die Thematik der Tagung für die Gestaltung des Zusammenlebens in Deutschland hoch relevant ist. Zudem sei bezogen auf die Be-

¹ Klaus Waldmann ist Diplom-Pädagoge, hat Erziehungswissenschaften und Politik studiert, arbeitete bis 2016 als Bundestutor der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Bildung und ist ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Evangelischen Akademien in Deutschland e.V. (EAD). Er war bis zu seinem Ruhestand leitender Redakteur des „Journal für politische Bildung“ und begleitet seit dem Beginn das Projekt „MuslimDebate 2.0“.

Nachdenken über eine gemeinsame Erinnerungskultur von Aleviten und Sunniten in Deutschland

ziehungen zwischen Alevit:innen und Sunnit:innen zu bedenken, dass nach ihrer Meinung in der Türkei Gewalterfahrungen nicht wirklich aufgearbeitet würden. Das Leben in der Diaspora könne jedoch entsprechende Möglichkeiten eröffnen und auch Impulse in Richtung Herkunftskultur vermitteln. Allerdings, darauf wie sie hin, seien die Rahmenbedingungen der Brandanschläge in Solingen und in Sivas nicht miteinander zu vergleichen. Der Anschlag in Solingen sei in einem gesellschaftlichen Klima erfolgt, das sich in Deutschland nach der Wiedervereinigung 1990 entwickelt hatte. Einerseits herrschten Jubel und Freude, andererseits wurden die massiven gesellschaftlichen Probleme zunehmend sichtbar, die zu bewältigen waren. Ablehnung von Geflüchteten, Hass gegenüber Fremden, Ängste um die eigene Zukunft, Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung seien in der Gesellschaft immer mehr manifest geworden. Es habe Anschläge gegen Unterkünfte von Geflüchteten gegeben und Jagden auf Menschen, die anders ausgesehen haben, u.a. BiPocs und Vietnames:innen. Diese Zeit werde auch als Baseballschlägerjahre charakterisiert. Dieses Klima bildete den Kontext für den Brandanschlag in Solingen. Es sei keine explizit türkeifeindliche Aktion gewesen, sondern ein rassistisch und rechtsextrem motivierter Anschlag, der von jungen Menschen durchgeführt wurde. Die Geschehnisse seien rechtlich aufgearbeitet worden und die Täter und die Hintermänner zur Rechenschaft gezogen. Das Pogrom in Sivas könne nur als Resultat einer langjährigen gesellschaftlichen Ausgrenzung von Alevit:innen verstanden werden. Das alevitische Kulturfestival, gegen das sich der Anschlag richtete, hätte auch zum Ziel gehabt, einen öffentlichen Raum zu schaffen, damit Alevit:innen ihre eigene Identität leben, ihr Leben im Verborgenen hinter sich lassen und ihre gesellschaft-

liche Unsichtbarkeit überwinden können. Aus einer aufgebrauchten Menge heraus sei der Anschlag vor dem Hintergrund eines bestimmten Staatsverständnisses durchgeführt worden. Denn, wie Berivan Aymaz erläuterte, begreife sich die Türkei als Nation im Sinne einer homogenen Einheit von türkisch-sunnitischen Menschen. In Sivas habe sich gezeigt, dass die Menschen in einer so geprägten Gesellschaft mit dem bewussten Zeigen von Differenzen nicht umgehen können, zudem seien Ausgrenzung und Übergriffe in der Geschichte immer religiös überformt worden. Dadurch, dass die Sicherheitsbehörden nicht eingegriffen und die Aktionen nicht gestoppt hätten, wäre der Skandal massiv verschärft worden. Zudem konstatierte sie, dass die juristische Aufarbeitung der Ereignisse äußerst ungenügend verlief.

Weiterentwicklung der Erinnerungskultur

Im Gespräch wurde hervorgehoben, dass in der politischen Kultur Deutschlands das Thema „Erinnerung“ von zentraler Relevanz sei. Berivan Aymaz wurde gefragt, welche Vorstellungen sie hat, die Erinnerungskultur weiterzuentwickeln, wie ein solcher Prozess politisch gefördert werden könnte und wie dabei die alevitische, sunnitische und türkeistämmige Community eingebunden werden könnte. In ihren Ausführungen betonte sie zunächst, dass die Geschichte der Erinnerungskultur in Deutschland vor allem mit der Aufarbeitung des Holocaust verbunden sei. Sie betrachte diese als eine gesellschaftliche Errungenschaft. Dazu merkte sie an, dass diese Erinnerungsarbeit auch gegen Widerstände in der Gesellschaft aufgebaut worden sei. Erinnerungsarbeit sei nicht einfach, führte sie aus, sie sei schmerzhaft, könne verletzend sein, halte Bilder und Gedanken an zurückliegende Erfahrungen und Ereignisse, an vernarbte Wunden, verdrängtes

Nachdenken über eine gemeinsame Erinnerungskultur von Aleviten und Sunniten in Deutschland

Leiden wach bzw. hole sie wieder hervor. Den meisten sei jedoch bewusst, dass die Vergangenheit einen immer wieder einhole, wenn sie nicht aufgearbeitet werde. Ohne Bewältigung der Vergangenheit könne es keine Zukunft geben.

Erinnerungsarbeit in Deutschland dürfe sich jedoch nicht nur auf unsere Geschichte in Deutschland und die Geschichte Deutschlands beziehen, so ihre These, sie müsse auch Ereignisse und Opfer türkischer Gewaltherrschaft, z.B. der Verbrechen an den Armenier:innen, an den Alevit:innen und Kurd:innen, zum Gegenstand haben. Ihr sei bewusst, dass diese

Überlegungen vielen Menschen in der Gesellschaft und den Communitys Angst machen. Es sei für diese oft schon eine Herausforderung, in einer pluralen und offenen Gesellschaft zu leben. Doch es müsse klar sein, dass sich Pluralität und Vielfalt nicht geräusch- und konfliktlos gestalten lassen.

Grundsätzlich sei über eine Neuausrichtung der deutschen Erinnerungskultur nachzudenken, die sich auf den Holocaust, aber auch auf die Kolonialverbrechen, auf die Erfahrungen in Diktaturen und auf aktuellere Gewalttaten bezieht. Es sei fraglich, ob die bisher dominierenden Narrative noch zeitgemäß sind. Auf das Thema der Tagung bezogen führte sie aus, dass die Erfahrungen der türkeistämmigen Communitys und insbesondere der Armenier:innen, Kurd:innen, Alevit:innen, Jezid:innen ernst genommen und ihnen Raum gegeben müsse, um diese aufzuarbeiten. Nur dann würde eine demokratische Gesellschaft ihren Ansprüchen gerecht, sich entschieden gegen Rassismus, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit zu positionieren und diese zu bekämpfen. Gerade bei einer Tagung, die sich mit den Möglichkeiten einer gemeinsamen Erinnerungskultur von Alevit:innen und Sunnit:innen befasst, sei es ihr ein Anliegen,

deutlich zu machen, dass die Verbrechen, die im Namen von Religionen und Kirchen begangen worden sind, unverzichtbarer Teil dieser Prozesse sind. Die vielfach in interreligiösen Dialogen anzutreffende Arroganz der Ignoranz, die sich darin ausdrücke, über diese Fragen nicht zu sprechen oder sich nicht gegenseitig dazu zu befragen, sei auf jeden Fall abzulegen.

Bezogen auf Solingen wurde im Gespräch angemerkt, dass das Erinnern an den Brandanschlag vor allem als deutsch-türkische Angelegenheit betrachtet werde. In den damals veröffentlichten Stellungnahmen und den regelmäßigen Gedenkfeiern sei der Anschlag zu einer gegen Türk:innen gerichtete Aktion gemacht und die Tatsache völlig vernachlässigt worden, dass es eine rassistisch motivierte Tat war, die im Kontext eines fremdenfeindlichen gesellschaftlichen Klimas ausgeführt worden sei und die sich gegen die demokratische, plurale, offene Gesellschaft gerichtet habe. Berivan Aymaz plädierte dafür, die nationalistische Orientierung des Gedenkens zu überwinden und es künftig stärker durch zivilgesellschaftliche Gruppen zu gestalten. So könne es z.B. vielleicht auch gelingen, junge Menschen aus Solingen und aus Sivas zusammenzubringen und damit einen kleinen Mosaikstein zu einer erneuerten Erinnerungskultur beizusteuern. Dass von der türkisch-nationalistischen Seite immer wieder versucht werde, die Ereignisse zu instrumentalisieren, diene innenpolitischen Zwecken. Das Gedenken müsse den betroffenen Familien gelten, die Auseinandersetzung mit den Bestrebungen, die Ereignisse staatspolitisch auszuschlachten, müsste an anderer Stelle geführt werden.

Sie vertrat die These, dass eine Erinnerungskultur nicht nur als Rückblick auf vergangene Ereignisse gestaltet werden sollte. In allen Überlegungen zur Gestaltung des Erinnerns müsse bewusst

Nachdenken über eine gemeinsame Erinnerungskultur von Aleviten und Sunniten in Deutschland

sein, dass Hass, Diskriminierung, Ausgrenzung, Unterdrückung und Gewalt nicht vollständig überwunden sind, sondern man quasi alltäglich damit konfrontiert sei. Perspektive sei die Entwicklung einer Erinnerungskultur in Zeiten fortwährenden Unrechts. Eine Weiterentwicklung des Gedenkens sei unabdingbar, zentrales Bestreben müsse sein, Gerechtigkeit zu schaffen, um die Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben zu verbessern. Nach ihrer Einschätzung müssten dazu die Menschenrechte gestärkt und die Ansätze der Demokratiebildung ausgebaut werden.

Betroffene als Akteur:innen der Erinnerungskultur

Bei der Gestaltung einer Erinnerungskultur sei auch zu fragen, an was, wie, von wem und wozu erinnert werden soll. Dabei müsse auch die Frage nach Macht in den Blick genommen werden, denn Erinnerungskulturen seien immer auch durch die jeweilige Erinnerungspolitik bestimmt, die von gesellschaftlich mächtigen Akteur:innen gestaltet wird. In den Augen von Berivan Aymaz ist Erinnerungspolitik eine der schwierigsten Aufgaben, die eine Gesellschaft bewältigen muss. Die Debatten darum seien immer mit konfliktbeladenen politischen Prozessen verbunden, denn in sie würden stets die Perspektiven von Opfern, Gesellschaft und Tätern einfließen. Die Ebene der Betroffenen und strukturelle gesellschaftliche Aspekte müssten in die Konzepte aufgenommen werden. In einer zukunftsgerichteten Form des Gedenkens müsse die Perspektive der Betroffenen eine übergeordnete Rolle spielen und es müsse alles darangesetzt werden, von außen herangetragene Zwänge erinnerungspolitischer Art abzuwehren.

Zwischen Diaspora und Herkunftskultur

Eine weitere Fragestellung der Gesprächsrunde war, wie sich

Überlegungen zu einer gemeinsamen Erinnerungskultur in Deutschland mit der Entwicklung eines entsprechenden Gedenkens in der Türkei verbinden lassen, wie die Aufarbeitung der Erfahrungen von Gewalt, Übergriffen und Bedrohungen im Kontext einer Migrationsgesellschaft (Diaspora) gestaltet werden kann und wie diese Impulse vielleicht nach außen in die Herkunftskultur übertragen werden können. Berivan Aymaz ging in ihren Überlegungen davon aus, dass die beiden Diskurse voneinander getrennt betrachtet werden müssen. Der Diskurs in Deutschland könne auf Grundlage anregender Erfahrungen mit einer über einen längeren Zeitraum gestalteten Erinnerungskultur geführt werden. Ein Diskurs in der Türkei müsse in einer Gesellschaft geführt werden, die ihre Gewalterfahrungen bislang nur äußerst begrenzt aufarbeite.

Sie meinte, dass es viele Wege gebe, die eingeschlagen werden können. Die offiziellen staatlichen Gedenkveranstaltungen könnten durch eine breitere Mitwirkung von Betroffenen und Zivilgesellschaft reflexiver und dialogischer ausgerichtet werden, so dass sie auch anregend nach außen wirken. Das gelte jetzt vor allem für Gedenkveranstaltungen zu Solingen. Doch es gebe auch andere Foren bzw. Möglichkeiten der Begegnung zwischen türkischen und deutschen oder zwischen alevitischen und sunnitischen Gruppen, die intensiver staatlich gefördert werden sollten. Zu denken sei z.B. an Projekte zur Entwicklung einer Erinnerungskultur in einer transnationalen Gesellschaft. In diesem Kontext sollte auch der Völkermord an den Armenier:innen umfassender in Schulbüchern und Schule thematisiert werden. Dies böte eine gute Grundlage, um Perspektiven zu entwickeln, da dieser Völkermord auch ein Teil der deutschen Geschichte ist und die deutsche Verantwortung dafür genauer untersucht wer-

Nachdenken über eine gemeinsame Erinnerungskultur von Aleviten und Sunniten in Deutschland

den könnte. Ebenfalls gebe es auf universitärer und kommunaler Ebene viele Partnerschaften, in denen dieses Thema bearbeitet werden könnte.

Ein weiteres Element könnten deutsch-türkische Austauschprogramme für Jugendliche sein. Eine essenzielle Voraussetzung hierfür müsse jedoch sein, dass dieser Austausch von beiden Seiten gewollt ist. Problematisiert wurde, dass für junge Menschen in der Türkei kaum Möglichkeiten vorhanden wären, sich unabhängig zivilgesellschaftlich zu organisieren bzw. bevorzugt staatsnahe Organisationen gefördert würden. Gerade Organisationen von alevitischen Jugendlichen hätten massive Probleme, an solchen Vorhaben zu partizipieren.

Gemeinsame Erinnerungskultur?

Aus verschiedenen Wortmeldungen in der Gesprächsrunde wurde deutlich erkennbar, dass noch ein sehr weiter Weg zu gehen ist, bis über eine gemeinsame Erinnerungskultur von Alevit:innen und Sunnit:innen nachgedacht werden kann. Dabei scheint die Frage, ob junge Menschen überhaupt für eine Aufarbeitung von Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen zu gewinnen sind, von untergeordneter Bedeutung zu sein. Von alevitischer Seite wurde deutlich die Forderung artikuliert, dass die Anerkennung ihrer Unterdrückung und Ausgrenzung eine unabdingbare Voraussetzung für ein Nachdenken über eine gemeinsame Erinnerungskultur in einer post-migrantischen Gesellschaft sei. Es müsse eine ehrliche Bereitschaft zu erkennen sein, die langjährigen Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen aufzuarbeiten. Denn diese Erfahrungen seien der Hintergrund, dass Alevit:innen auch gegenwärtig immer noch vielfach nicht zu ihrer Identität stehen und ihre Herkunft leugnen. Auch in Deutschland seien Alevit:in-

nen in organisierter Form erst seit ca. 30 Jahren öffentlich präsent. Bei diesem Prozess, so Berivan Aymaz, sei es wichtig, sich bewusst zu machen, dass beide Communitys keineswegs homogen sind und auf die Möglichkeit zu setzen, dass gesprächsbereite und aufgeschlossene Gruppierungen Initiativen übernehmen.

Erwartungen an die deutsche Politik

Kritisiert wurde in der Gesprächsrunde die deutsche Politik, die versuche gegenüber Konflikten in anderen Ländern weitgehend eine neutrale Haltung einzunehmen. Gerade in Hinblick auf Sivas wurde problematisiert, dass die Politik sich aber keineswegs neutral verhalten habe, denn einige der Täter von Sivas hätten in Deutschland Zuflucht gefunden. Für das Zusammenleben der unterschiedlichen Communitys in Deutschland sei jedoch unabdingbar, die Erfahrungen von jenen, die Diskriminierung und Massaker ausgesetzt waren, anzuerkennen und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre zum Teil traumatisierenden Erlebnisse aufzuarbeiten. Berivan Aymaz war es abschließend wichtig zu unterstreichen, dass es bei den Konflikten, die im Rahmen der Gesprächsrunde diskutiert wurden, weit überwiegend nicht um Konflikte zwischen Alevit:innen und Sunnit:innen oder zwischen Türk:innen und Kurd:innen handeln würde. Im Kern würden Demokrat:innen und Verteidiger:innen der Menschenrechte den Gegner:innen einer pluralen, offenen Gesellschaft und Rechtsextremist:innen gegenüber stehen. In solchen Konflikten dürfe es keine Neutralität geben, fraglos müsse man sich auf Seiten der Demokratie und der Menschenrechte positionieren.

30 Jahre Sivas – Antialevitischer Rassismus in Geschichte und Gegenwart

Gökhan Güngör

Gökhan Güngör ist 30 Jahre alt, hat BWL im Bachelor und Wirtschaftspsychologie im Master studiert und ist seit 2013 in den alevitischen Strukturen (Bund der alevitischen Jugend und Bund der Alevitischen Studierenden) aktiv. Aktuell bekleidet er eine Vorstandsposition beim BDAJ Düsseldorf und beschäftigt sich mit den Themen Antialevitischer Rassismus, Politischen Islamismus sowie türkischen Nationalismus und Rechtsextremismus.

Einleitung:

Die Ursprünge des Antialevitischen Rassismus reichen nicht nur bis zur Republikgründung der Türkei im Jahre 1923 zurück, sondern sind historisch schon vor dem Osmanischen Reich zu verorten. Jegliche Merkmale des Rassismus und die verschiedensten Diskriminierungsformen – von institutionell-strukturellen über ideologischen bis hin zu interpersonellen sowie internalisierten – treffen auf den Antialevitischen Rassismus zu. Die Formen der Ungleichwertigkeitsideologien und Intersektionalität sind wichtige Aspekte der alevitischen Betroffenheit von Rassismus. Bis heute ist Antialevitischer Rassismus sowohl in der Türkei als auch in der deutschen Gesellschaft spürbar. Dies kann soziale, aber auch gesundheitliche Folgen auf die alevitische Gesellschaft haben.

Definition:

Der Antialevitische Rassismus beschreibt in seinem Kern die historisch kontinuierliche soziale, politische, kulturelle und religiöse Abwertung von Menschen alevitischer Zugehörigkeit. Dabei werden Betroffene kategorisiert und negativ klassifiziert, daher kann der Antialevitische Rassismus als eine spezifische Form des Rassismus verstanden werden, in der Mehrfachformen des Rassismus sichtbar werden und Alevit*innen sowie als solche gelesenen Menschen als vermeintlich „Andere“ markiert, diskriminiert, ausgegrenzt und abgewertet werden.

Konkret bedeutet der Antialevitische Rassismus eine pauschale Abwertung bzw. eine negative Abneigung gegenüber Alevit*innen. Dies zeigt sich bis heute durch die Kennzeichnung der Andersartigkeit, die sich in verschiedensten Formen widerspiegelt. Seit jeher werden Alevit*innen als Ungläubige (arab. Kuffar) betrachtet und das Alevitentum nicht als Religion anerkannt. Auch

die Eigenständigkeit des Alevitentums wird verleugnet, und die Cem-Häuser in der Türkei besitzen nicht den gleichen Status wie die Moscheen; sie gelten lediglich als Kulturhäuser, was eine indirekte Delegitimierung des Glaubens darstellt. Mit dem Begriff „Kızılbaş“ (dt. Rotkopf) finden bis heute vielerlei negative Fremdzuschreibungen seitens der Mehrheitsgesellschaft statt, indem er mit Häresie, sittenwidrigem Verhalten sowie einer Neigung zur politischen Subversion assoziiert wird und damit ein gesellschaftlich gemeinsames Feindbild geschaffen wird. Beispielsweise wurde die Bezeichnung in den 1980er Jahren als Teil der 3 K's (Kızılbaş – Kommunist – Kurde) verwendet, um die sogenannten Feinde der türkischen Republik zu benennen. Diese sind gängige und fremdbestimmte Vorstellungen bzgl. der Eigenschaften, Vorlieben und Einstellungen von Alevit*innen, die dazu dienen, einen Gegensatz zwischen der markierten Gruppe und der dominanten Mehrheitsgesellschaft herzustellen, um auf der Basis ein Wir- und Ihr-Denken zu fördern.

Ausgrenzung und Benachteiligung (vor allem in der Türkei):

Dem Antialevitischen Rassismus begegnen wir in der Gesellschaft, auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche sowie im Alltagsleben – mal subtil, mal offen. Besonders deutlich wird es in der muslimischen Fastenzeit: Sofern eine alevitische Person nicht mitfastet, so wird sie meist aus der Gruppe ausgeschlossen und nicht mehr als Teil der Mehrheitsgruppe gesehen. Dies ist unter anderem einer der Gründe, weshalb Alevit*innen – insbesondere in der Türkei – ihre alevitische Identität nicht zeigen, sondern sie eher durchweg verheimlichen, indem sie in der Fastenzeit sogar vortäuschen, sich an die Fastenregeln und -routinen zu halten. Eine selbstbewusste Präsenzkultur der aleviti-

30 Jahre Sivas – Antialevitischer Rassismus in Geschichte und Gegenwart

schen Gemeinschaft zeigt sich daher erst in den letzten Jahren hauptsächlich in der Westlich-liberalen Welt. Jedoch offenbaren viele Prominente, Politiker*innen, Journalist*innen, aber auch Lehrkräfte bewusst ihre alevitische Identität weiterhin nicht, so dass sie „anders“ gelesen werden als sie sich selbst definieren.

Somit zeigt sich der Antialevitische Rassismus in Form eines unveränderlichen Unterscheidungsmerkmals aufgrund von Kultur/Religion, was sowohl zu einer positiven, aber auch negativen Diskriminierung führt. Beispielsweise werden je nach Situation und Kontext Begriffe wie „liberale Muslime“ oder „Teufelsanbeter“ genutzt, um die alevitische Person zu diskreditieren.

Schlussendlich kommt es beim Antialevitischen Rassismus nicht darauf an, wie religiös eine Person ist, wie sie ihren Glauben auslebt oder welche Lebensentscheidungen sie trifft. Die Tatsache, dass die insbesondere türkische Mehrheitsgesellschaft die Person alevitisch wahrnimmt, genügt, um sie zu markieren und zu diskriminieren. Somit geht der Antialevitische Rassismus nicht von einer religionsbasierten Diskriminierung aus, sondern vielmehr von einer rassistischen Diskriminierung.

Wie eingangs erwähnt, ist der Antialevitische Rassismus kein Phänomen, das sich in den letzten hundert Jahren in der türkischen Mehrheitsgesellschaft etabliert hat. Seine ersten Züge und Folgen reichen bis zur Zeit vor dem Osmanischen Reich nämlich bis ins Jahr 922 zurück, als nämlich Mansur al-Halladsch für den Satz „Ana l-Haqq“ (dt. „Ich bin die [göttliche] Wahrheit!“) mit einer Fatwa (dt. Rechtsgutachten) aufgrund von Ketzerei öffentlich hingerichtet wurde. Dieser mystisch bedeutungsvolle Satz hat in der alevitischen Theologie einen enormen Stellenwert, da er einen wichtigen Teil des alevitischen Glaubens widerspiegelt. Für die alevitische Gesellschaft, die damals noch nicht als „alevi-

tisch“ definiert wurde, hatte es fatale Folgen. Dieser Vorfall kennzeichnet den Beginn des Antialevitischen Rassismus, der sich im Osmanischen Reich fortsetzte.

Das Verhältnis der Mehrheitsgesellschaft zu Alevit*innen reichte im gesamten Zeitraum des Osmanischen Reiches von skeptischer Distanz über Diffamierungskampagnen bis hin zu systematischen Massakern. Die alevitische Gesellschaft war keine zweitklassige, sondern aufgrund ihres Glaubens und ihrer Lebensform eine drittklassige Gesellschaftsgruppe.

Das schlimmste Ereignis in der osmanischen Zeit war die Schlacht von Tschaldiran im Jahre 1514 mit den kontinuierlichen Verboten und Verfolgungen. Sie war dahingehend prägend, da Yavuz Sultan Selim den Kampf gegen Shah Ismail Hatayi gewonnen und damit das Fundament zur Verfolgung und Tötung der Alevit*innen gelegt sowie zum Verbot der Bektasi Orden beigetragen hat. Diese Untersagung wurde durch mehrere Fatwas von weiteren Sultanen etabliert, indem alevitische Personen als „Teufelsanbeter“, „Ketzer“, Häresie Betreiber, „Sittenwidrige“ oder als „Ungläubige“ gebrandmarkt und für vogelfrei erklärt wurden, so dass für ihre Tötung und Verfolgung der Lohn des Paradieses in Aussicht gestellt wurde. Seitdem haben Alevit*innen ihren Glauben und ihre Identität im öffentlichen Raum verschleiert und teilweise sogar verleugnet, um nicht solchen permanenten Gefahren ausgesetzt zu sein. In dieser Zeit wurden die Wurzeln des Antialevitischen Rassismus gefestigt, die bis in die Gegenwart das gesellschaftliche Miteinander prägen.

Die türkische Republik:

Die Gründung der türkischen Republik war zu Beginn für die alevitische Gesellschaft theoretisch ein Neustart, um sich von

30 Jahre Sivas – Antialevitischer Rassismus in Geschichte und Gegenwart

der osmanischen Dynastie und deren Unterdrückung zu befreien und mit dem Wunschgedanken verbunden, ein gleichberechtigtes Zusammenleben zu ermöglichen. Insbesondere die strikte Trennung von Staat und Religion sowie die Bestrebung nach einem demokratischen, laizistischen System nach einigen westlichen Vorbildern fand zunächst einen großen Anklang. Das ideologische Grundgerüst der Türkei war und ist jedoch ein türkisch-muslimisches, so dass alle Menschen unter der türkischen Flagge in einem einzigen national-völkischen Kollektiv subsumiert wurden und die Vielfalt der Gesellschaft ausgeblendet oder genauer als Gefahr statt Bereicherung betrachtet wurde. Dies war auch im Jahre 1937/1938 in Dersim zu sehen, als auf den Wunsch der kurdischen Alevit*innen nach Autonomie und Selbstbestimmung mit einem Massaker reagiert wurde. Dieses Ereignis bezeugte die erste große Tat an Antialevitischem Rassismus, der in einer transformierten Form im Gewand der türkisch-islamistischen Identität erneut in Erscheinung trat, welche in dieser Hinsicht eine Kontinuität des Osmanischen Reiches darstellte. Somit festigten sich die alten Feindbilder und Vorurteile wobei parallel auch neue Stereotype produziert wurden, so dass Alevit*innen weiterhin als Feinde des Systems galten und nicht ins Bild der Mehrheitsgesellschaft passten.

Die Pogrome in Malatya (1978), Kahramanmaraş (1978) und Çorum (1980) sind die Bestätigungen dieser Kontinuität, bei denen insbesondere die Brandmarkung mit einem roten Kreuz dazu genutzt wurde, um alevitische Personen kenntlich zu machen, zu diskriminieren, zu verfolgen und sogar zu töten. Die Vorwände hierfür waren meist eine politische Auseinandersetzung oder die Streuung eines Gerüchts.

Während den Unruhen ereignete sich der Militärputsch im Jahre

1980, bei dem insbesondere die türkisch-islamische Synthese mit dem Ziel eingeführt worden ist, den National-Islamismus weiterzuentwickeln. Folglich war es ein weiteres Instrument, die alevitische Minderheit zu unterdrücken und Alevit*innen systematisch zu assimilieren.

Ein besonders prägendes Ereignis in der jüngeren Vergangenheit war für die Alevit*innen das Massaker/Pogrom in Sivas am 2. Juli 1993, bei dem ein fundamentalistischer Mob einen Brandanschlag auf ein Hotel ausübte, in dem sich Teilnehmende einer alevitische Kulturtagung aufhielten. Dieses Massaker wurde über acht Stunden live international ausgestrahlt. Unter der Beobachtung der Öffentlichkeit kam es zu keiner einschreitenden Reaktion oder Opferhilfe in größerer Form. Die öffentlichen Strukturen, wie die Polizei, die Feuerwehr und die kommunalen Politiker*innen, haben den Mob stundenlang gewähren lassen. Bis heute gibt es keinerlei Aufklärung darüber oder jegliche Konsequenzen für die Verbrecher. Teilweise wurden die Täter bejubelt und manche von ihnen konnten sogar ins Ausland fliehen. Der aktuelle türkische Präsident Erdogan bezeichnete das Ereignis als verjährt, sodass das Massaker in allen Belangen unter den Tisch gekehrt werden konnte. Die Forderung, das Madimak-Hotel in eine Gedenkstätte umzuwandeln, wird weiterhin abgelehnt. Das Massaker von Sivas gilt als gut dokumentiert, die Nachweise sind öffentlich auf der Website Digital Library of the Madimak Massacre (madimak.org) auf türkisch und englisch zugänglich.

Zwei Jahre später fand in Gazi, dem von mehrheitlich Alevit*innen bewohnten Stadtviertel von Istanbul, ein Massaker statt, bei dem unbekannte Täter ein Taxi entführten und in der Gegend willkürlich um sich schossen. Die Polizeiwache vor Ort beobachtete lediglich diesen Vorfall, ohne etwas dagegen zu unternehmen.

30 Jahre Sivas – Antialevitischer Rassismus in Geschichte und Gegenwart

Als Reaktion darauf wollten die Bewohner des Viertels demonstrieren, doch dies wurde von der Polizei mit brutaler Gewalt unterbunden. Dabei starben 15 Menschen in Folge von Polizeigewalt. In den nächsten 20 Jahren gab es keine weiteren Massaker, doch seit 2012 werden alevitische Gemeinden und Häuser sowohl in der Türkei als auch in Deutschland als Einschüchterung systematisch mit Kreuzen weiterhin gebrandmarkt und durch Vandalismus beschädigt. Antialevitischer Rassismus sowie die Folgen, wie Traumata, bleiben so.

*Aktuelle Situation der Alevit*innen in der Türkei:*

Die alevitische Religion wird vom türkischen Staat nicht offiziell anerkannt, sondern als Kultur, Folklore und Tradition herabgestuft. Ferner werden die Cem-Häuser als Kulturrorte betrachtet und der alevitische Religionsunterricht an Schulen nicht erlaubt. Es gibt weiterhin Versuche, Angehörige dieser Gruppe zu assimilieren. Alevit*innen sind in der türkischen Gesellschaft oft Bürger*innen zweiter Klasse und können meist nur dann gesellschaftlich erfolgreich werden, wenn sie ihre religiöse Identität verleugnen oder ablegen, da sie sonst die Mehrheitsgesellschaft als potenzielle Gefahr im Nacken haben.

*Situation der Alevit*innen in Deutschland:*

Die Kontinuität der Ausgrenzung erfolgt erneut seitens der deutschen Mehrheitsgesellschaft, indem eine Unkenntnis über die Existenz der Alevit*innen herrscht. Alevitische Personen werden schlicht als Fremde, Ausländer oder Muslim*innen wahrgenommen. Dabei findet eine Fremdzuschreibung statt, die sich teilweise mit der aus der türkisch-osmanischen Zeit vergleichen lässt. Begrifflichkeiten wie „Kızılbaş“ oder „Mum Söndü“ werden im

Zuge dessen mit Inzest assoziiert oder es kommt zu einer positiven Form von Rassismus, indem Alevit*innen als „Alkoholtrinker“ und „liberale Muslime“ beschrieben werden. Der Antialevitische Rassismus reicht bis in die anatolische Mehrheitsgesellschaft, sodass er dort weiterhin präsent ist. Dass diese Menschen selbst zu einer Minderheit in Deutschland gehören und vom antimuslimischen Rassismus betroffen sind, ändert nichts an ihrer diskriminierenden Haltung. Es ist für die alevitische Gesellschaft schon schwierig genug, mit dem Antialevitischen Rassismus aus Anatolien umzugehen. Die Situation in der deutschen Mehrheitsgesellschaft, nämlich dass die alevitische Identität von ihr nicht wahrgenommen und als zugehörig betrachtet wird, macht das Leben der Alevit*innen nicht einfacher. Der Antialevitische Rassismus erfährt starke Ignoranz und Verharmlosung, so dass Bedrohungen, Gewalt und verbale Diskriminierung zum deutschen Alltag gehören. Beispielhaft sind die in den letzten Jahren zu verzeichnenden Angriffe auf alevitische Gemeinden verteilt in ganz Deutschland sowie das Brandmarken eines roten Kreuzes mit einer Schimpfschrift, die sehr stark an die Pogrome der 1970er Jahre erinnert. Die fehlende Sichtbarkeit in Statistiken zu Rassismus ist ein weiteres Kriterium, das den antialevitischen Rassismus fördert und hinsichtlich Sensibilisierung daran hindert, die breite Masse in der Gesellschaft zu erreichen.

30 Jahre Sivas – Antialevitischer Rassismus in Geschichte und Gegenwart

Der permanent präsente Alltagsrassismus gegenüber

*Alevit*innen lässt sich in vier Bereiche unterteilen:*

1. Sexismus – Abwertung der alevitischen Frauen
2. Abwertung des alevitischen Lebensstils
3. Ethnische und nationalistische Diskriminierung
4. Abwertung des alevitischen Glaubens

Folgen des Antialevitischen Rassismus:

Durch die Kontinuität der jahrhundertelangen Verfolgung, Diskriminierung und systematischen Assimilation ist ein Kollektivtrauma in der alevitischen Gesellschaft entstanden, insbesondere nach dem Sivas-Massaker im Jahre 1993, so dass Retraumatisierungen und die Übertragung auf spätere Generationen möglich sind. Alevitische Personen erlebten zum Teil individuelle Traumata, die bis heute nicht verarbeitet werden konnten und so unbewusst an die nächste Generation weitergegeben wurden.

Dies zeigt sich zum Beispiel in Form von Identitätskrisen, worunter vor allem viele Jugendliche leiden, weil teilweise in ihren Familien die alevitische Identität minimal ausgelebt oder sogar zum Schutze verleugnet wird. Die beständige Benachteiligung der Alevit*innen seitens verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen ist ein etablierter Bestandteil des alevitischen Lebens, was zur Einschränkung der Teilhabe an der Gesellschaft führt. Der unentwegt anhaltende Stresszustand, der zweitweise unterschiedlich intensiv verspürt wird, bringt gesundheitliche Folgen mit sich, die sich auf die Lebensqualität auswirken kann.

Fragen und Themen im Anschluss an den Vortrag von Gökhan Güngör

Gökhan Güngör hat in seinem Referat informativ zentrale Stationen der Geschichte der Alevit:innen dargestellt. Die ausführliche Darstellung eröffnete immer wieder Gelegenheiten, einzelne Aspekte im Gespräch zu vertiefen. Andere Teilnehmende aus dem alevitischen Kontext ergänzten die Ausführungen teilweise in Verbindung mit Bezügen zur eigenen Familiengeschichte. Im Vortrag und Gespräch wurde ein eindrucksvolles und bedrückendes Bild der Unterdrückungs-, Diskriminierungs- und Verfolgungsgeschichte der Alevit:innen, die bis in die Gegenwart reicht, gezeichnet. Weitere Beiträge aus dem Kreis der Teilnehmenden bezogen sich zunächst vor allem auf den Prozess der Türkisierung und den problematischen Status von Minderheitenrechten in einer Gesellschaft mit einem türkisch-sunnitischen Grundverständnis. Auch in jüngerer Zeit würden im Kontext der sogenannten Gezi-Proteste Alevit:innen von den Machthabern in der Türkei als Unruhestifter betrachtet. Sie würden als Gefahr für das System stigmatisiert und ihnen gegenüber Angst geschürt. Ihre Eigenständigkeit als Religion würde nicht anerkannt und aus ethisch-nationalistischen Gründen erfolge eine grundsätzliche Ablehnung des alevitischen Glaubens.

Eine weitere Gesprächsrunde bezog sich auf die Erfahrungen von Alevit:innen in Deutschland. Aufgezeigt wurde, dass sie hier eine Kontinuität der Diskriminierung und Ausgrenzung durch türkische Gruppen erlebten, insbesondere in staatlichen oder öffentlich-rechtlichen Gremien. Erst seit ca. 30 Jahren würden Alevit:innen auch hier in Deutschland ihren Glauben öffentlich leben. Problematisiert wurde, dass die alevitische Identität nicht als eigenständige wahrgenommen werde und über das Alevitentum viele Halbinformationen in Umlauf wären. Heftig kritisiert wurden fehlerhafte Statistiken, da z.B. bei der Abfrage

von Bevölkerungsdaten für Alevit:innen keine eigene Rubrik vorgesehen sei. Gefordert wurde, dass es mehr Forschung zum antialevitischen Rassismus geben müsse und hierzu Projekte gefördert werden sollten. Eine solche Rassismusforschung müsse in Verantwortung von alevitischen Wissenschaftler:innen durchgeführt werden. Ebenfalls wurden präzise Erwartungen an eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die gesellschaftliche Teilhabe von Alevit:innen ins Gespräch gebracht.

Durch den Vortrag und die verschiedenen Wortmeldungen in der Diskussion wurde nachdrücklich zum Ausdruck gebracht, dass bis zur Entwicklung einer gemeinsamen Erinnerungskultur von Alevit:innen und Sunnit:innen noch ein sehr weiter Weg zurückzulegen sei. Es war Samstag, der 29. Mai 1993. Das höchste Fest der Muslim*innen, das Opferfest „Kurban Bayramı“, wurde in den muslimischen Familien vorbereitet. Zudem stand das Pfingstfest an. In dieser Nacht verübten vier weiße junge Solinger aus rassistischen und extrem rechten Motiven einen Brandanschlag auf das Haus der Familie Genç in der Unteren Wernerstraße 81 in Solingen.

Der Solinger Brandanschlag – eine biografische und gesellschaftspolitische Annäherung aus der Perspektive einer deutsch-türkischen Solingerin¹

Birgül Demirtaş

Birgül Demirtaş, Zeitzeugin des Solinger Brandanschlags, studierte Sozialpädagogik/Soziale Arbeit sowie Empowerment Studies. Ihre Schwerpunkte sind u.a. Rassismus(-kritik), rechte sowie rassistische Gewalt aus der Betroffenenperspektive und antimuslimischer Rassismus. Im Rahmen von Re_Struct (IDA-NRW) veröffentlichte sie rassistuskritische schulische und außerschulische Bildungsmaterialien zum Solinger Brandanschlag und publiziert zu rassistuskritischen Themen, insbesondere zum Solinger Brandanschlag.

Sie begründeten das Verbrechen mit ihrem „Hass auf Türk*innen“.² Saime (4), Hülya (9) und Hatice Genç (18), Gürsün Ince (27) und Gülüstan Öztürk (12) überlebten den Anschlag nicht und sind qualvoll ums Leben gekommen. Hatice Genç, die Schwiegertochter von Mevlüde und Durmuş Genç, war die einzige Person, die in dieser Nacht noch wach war, die Explosion des Molotowcocktails hörte, das Feuer sah und direkt intervenierte, indem sie die 18 schlafenden Familienmitglieder weckte.³ Der Brandanschlag hätte vermutlich ein noch verheerenderes Ausmaß angenommen, wenn Hatice Genç an jenem Abend – wie ihre anderen Familienmitglieder – ebenfalls geschlafen hätte. Aus diesem Grund kann Hatice Genç als Retterin angesehen werden, denn sie hat in dieser Nacht alles in ihrer Macht Stehende versucht, um die Menschen im Haus zu retten.

Ich selbst war damals 19 Jahre alt und lebte mit meiner Familie ebenfalls in Solingen. An jenem Samstagmorgen verstand ich die Welt nicht mehr, noch weniger konnte ich das Motiv dieses Anschlags nachvollziehen. Zwar sprachen meine Eltern von „Rassismus“, jedoch konnte ich damals rational nicht erfassen, welche Dimension er hat und haben kann. Am 29. Mai 1993 wurde ich das erste Mal mit diesem Terminus konfrontiert. Meine Eltern erklärten, der Anschlag mit fünf Toten resultierte daraus, dass Deutschland ein rassistisches Land sei und dass Nazis jetzt Jagd auf Türk*innen machten. „Almanya ırkçı bir ülke“⁴ und „Almanlar Türkleri sevmiyorlar“⁵ hörte ich des Öfteren von meinen Eltern. Die Angst in der Familie war groß, dass jederzeit weitere Anschläge erfolgen und „wir“ die nächsten sein könnten. Heute weiß ich, dass nicht nur meine Eltern als Solinger*innen diese Angst seit 1993 in sich trugen und tragen, sondern dass Angst ein

Kollektivgefühl deutsch-türkeistämmiger Solinger*innen ist. Die kollektive, antizipierte Angst bleibt im Gedächtnis von vielen Solinger*innen, insbesondere nach einem erneuten Brandanschlag in Solingen am 20. Oktober 2021.

Solidarisierung mit Familie Genç und die Teilnahme an den Protesten

Trotz des Verbotes unserer Eltern, das Haus zu verlassen, wollten mein Bruder und ich genau wissen, was sich unweit von uns abgespielt hatte. Die Kommunikation in den 1990er Jahren war anders als heute. Wir hatten weder Handys noch gab es die sozialen Medien von heute, daher konnten wir nichts erfahren. Also gingen wir in die Innenstadt, um uns selbst die Informationen zu besorgen. An der Kreuzung Schlagbaum erblickten wir dann eine Menschenmenge und schlossen uns an. Die Sprechchöre der Betroffenen sowie der mitfühlenden und sich solidarisierenden Menschen wurden immer lauter. An vielen Stellen weinten Menschen. Wir versuchten, in dem Gedränge vorwärts zu kommen, um an den Tatort zu gelangen. Die Schweizerstraße und Paulinenstraße, die zur Unteren Wernerstraße führen, waren durch Polizist*innen abgesperrt. Die Absperrung wurde jedoch von Gruppen von Menschen durchbrochen. Von weitem konnten wir das vom Brand zerstörte Haus der Familie Genç sehen. Das Dach war abgebrannt, die Wände und Fenster verrußt und vor dem Haus drängten sich Menschen. Auf den Transparenten am Gebäude lasen wir deutliche politische Statements sowie Forderungen in deutscher und türkischer Sprache, die sich an die deutsche sowie türkische Regierung richteten. Banner mit den Aufschriften „30 yıllık emeğin karşılığı bu mu? Ist das die Beloh-

¹ Dieser Beitrag wurde zuvor veröffentlicht in Birgül Demirtaş/Adelheid Schmitz/Derya Gür-Şeker/Çagrı Kahveci (Hg.): Solingen, 30 Jahre nach dem Brandanschlag. Rassismus, extrem rechte Gewalt und die Narben einer vernachlässigten Aufarbeitung, Bielefeld, 2023, S. 197-209.

² Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf (unveröff.); ³ Siehe Genç, Hatice: »Keine Sprache der Welt kann unsere Verluste und die Folgen des rassistischen und extrem rechten Brandanschlags von Solingen 1993 beschreiben.«, in: in Birgül Demirtaş et. al. (Hg.): Solingen, 30 Jahre nach dem Brandanschlag, S. 37-52; ⁴ Übersetzung dt.: „Deutschland ist ein rassistisches Land“; ⁵ Übersetzung dt.: „Deutsche mögen keine Türk*innen“.

Der Solinger Brandanschlag – eine biografische und gesellschaftspolitische Annäherung aus der Perspektive einer deutsch-türkischen Solingerin

nung für 30 Jahre Arbeit?“ und „Sind denn nur Türken Ausländer?“ waren unübersehbar. Einige handschriftliche Aufschriften am Gebäude waren direkt an die türkische Regierung gerichtet, u.a. „Ankara, seçim bitti mi?“⁶, „Sülo nerdesin?“⁷, „Ankara uyuyor – Naziler bizi öldürüyor“⁸. Die Menschenmenge, die sich in Schrittempo bewegte, war die kurzfristig organisierte Demonstration verschiedener Institutionen und Vereine in Solingen. Es war die erste Demonstration in meiner Biografie und die erste Gelegenheit, mich mit der Familie Genç zu solidarisieren.

Die kollektive Wut der deutsch-türkeistämmigen Menschen zeigte sich deutlich in Solingen. Die Demonstrationen, die zunächst leise, aber fordernd gegenüber Institutionen, Politiker*innen und dem Staat waren, schlugen noch am gleichen Tag um. Der Solinger Brandanschlag führte über mehrere Tage hinweg zu heftigen Protesten von überwiegend Deutsch-Türkeistämmigen⁹ – auch in mehreren anderen deutschen Städten. Dieser Anschlag, nur ein halbes Jahr nach dem von Mölln, wurde klar erkannt als rassistisch motivierter Angriff auf die Gruppe der in Deutschland lebenden deutsch-türkeistämmigen Menschen. Für viele von ihnen war es unfassbar, dass die jahrzehntelang erfahrene Ausgrenzung durch die deutsche Mehrheitsgesellschaft schließlich zu Morden geführt hatte, die alle deutsch-türkeistämmigen Menschen in Deutschland treffen sollten. Auslöser der kollektiven Proteste waren nicht nur – wie in den Medien dargestellt – türkeistämmige Ultranationalist*innen und extreme Rechte, sondern vielmehr Türkeistämmige aus der Zivilbevölkerung Solingens. Die Beweggründe der kollektiven Gewalt aus der türkeistämmigen Zivilbevölkerung insbesondere in Solingen waren die Wut über die Morde sowie über die jahrzehntelang erlittene,

ungerechte Behandlung, ein Gefühl der Ohnmacht, des Alleingelassenseins und das Empfinden, dass auf die Morde nun endlich ein Aufschrei folgen müsse.¹⁰ In der Innenstadt wurden zunächst Schaufensterscheiben zerschlagen. Die Inhaber*innen der Geschäfte nagelten ihre Fenster mit Brettern zu, um ihre Läden vor weiteren Eskalationen zu schützen.¹¹ Nur einen Tag nach dem rassistischen Anschlag gab es eine Kundgebung in Solingen, bei der auch viele deutsch-türkeistämmige Nationalist*innen und extreme Rechte zusammenkamen, eine Bühne für ihre Zwecke fanden und Gewalt ausüben konnten.

Aber auch weiße extreme Rechte hatten in Solingen Konfrontationen mit Türkeistämmigen gesucht.¹² Für den 5. Juni 1993 wurde eine weitere große Demonstration organisiert, bei der ca. 10.000 Menschen gegen Rassismus auf die Straße gingen und sich mit den Betroffenen solidarisierten.¹³ Dabei kam es auch zu Auseinandersetzungen zwischen deutsch-türkeistämmigen Linken, nationalistischen und extrem rechten Türkeistämmigen, die die Veranstaltung für ihre eigenen Zwecke instrumentalisierten. Bei den zum Teil gewalttätigen Solinger Protesten wirkten auch verschiedene ethnische Akteur*innen mit,¹⁴ deren Perspektiven in den Medien vollständig fehlten. An den folgenden Abenden beteiligten sich mein Bruder und ich auch an den öffentlichen Protestaktionen. Viele Menschen wurden dabei verhaftet.¹⁵ In der Innenstadt Solingens kam es zu Verwüstungen. Die Kreuzung Schlagbaum und der Platz vor dem Theater- und Konzerthaus glichen einem Kampfplatz. Das Matratzengeschäft an der Kreuzung wurde ausgeplündert, die Matratzen auf die Kreuzung getragen und angezündet. Die kollektive Gewalt nach dem Anschlag war insbesondere in Solingen massiv. Hegemoniale Be-

⁶ Übersetzung dt.: „Ankara sind die Wahlen vorbei?“ (Ankara ist die Hauptstadt der Türkei und der Sitz der türkischen Regierung); ⁷ Übersetzung dt.: „Sülo wo bist du?“ („Sülo“ ist die Abkürzung für den türkischen Vornamen Süleyman. Süleyman Demirel war 1993 Präsidentschaftskandidat in der Türkei und regierte ab Juni 1993); ⁸ Übersetzung dt.: „Ankara schläft – die Nazis bringen uns um“; ⁹ Das Solinger Tageblatt berichtete im Zeitraum vom 01.-08.06.1993 ausgiebig über die Demonstrationen und Proteste; ¹⁰ Siehe auch Neşe/Fatma: »Wir waren geschockt, tieftraurig und wütend!«, S. 127-145 sowie Genç, Kâmil: »Der Brandanschlag hat unser Leben stark geprägt, wir hätten alle sterben können.«, in: Birgül Demirtaş et. al. (Hg.): Solingen, 30 Jahre nach dem Brandanschlag, S. 67-80; ¹¹ Vgl. Solinger Tageblatt vom 01.06.1993; ¹² Vgl. Neubauer, Frank: »Solingen ein Bild der Verwüstung«, in: Solinger Tageblatt 01.06.1992, S. 4; ¹³ Vgl. Neubauer, Frank: »Solingen – sechs Monate danach. Verbrannt, verdrängt, vergessen«, in: Stern 1993, Nr. 48, S. 21-30; ¹⁴ Vgl. Demirtaş, Birgül: Der Brandanschlag in Solingen und seine Wahrnehmung durch die zweite Generation von türkischstämmigen Migranten, Landesintegrationsrat NRW (Hg.), 2016; ¹⁵ Vgl. Neubauer, Frank: »Wieder 79 Festnahmen trotz allgemein ruhiger Nacht«, in: Solinger Tageblatt 04.06.1993, S. 13.

Der Solinger Brandanschlag – eine biografische und gesellschaftspolitische Annäherung aus der Perspektive einer deutsch-türkischen Solingerin

richterstattungen nahmen dies zum Anlass, breit darüber zu berichten. Die fünf Morde, die das Motiv für das Ungestüm waren, gerieten in den Hintergrund. Es wurden kaum Verbindungen zwischen den rassistischen Morden als Auslöser und den Protesten als Reaktion darauf gezogen.¹⁶

Die Erfahrungen bei der öffentlichen Trauerfeier an der Kölner Moschee am 03.06.1993 prägten mich enorm. Vor der Moschee weinten sehr viele Menschen. Sie verbargen ihre Gesichter unter ihren Händen, manche wischten ihre Tränen mit einem Zipfel ihrer Bekleidung ab. Um mich herum vernahm ich Klagegesänge von Teilnehmer*innen. Das Resultat des Brandanschlags mit fünf Toten war jetzt für uns alle dort Anwesenden deutlich sichtbar. Von weitem sah ich die fünf aufgebahrten Särge, die alle mit der türkischen Flagge umhüllt waren. Als ich mich durch die Menschenmenge etwas nach vorne zu den Särgen durchrang, erspürte ich die drei kleinen Särge der Kinder Saime, Hülya und Gülüstan. Auch ich konnte daraufhin meine Emotionen nicht mehr zurückhalten. Die Erfahrungen mit dem Brandanschlag politisierten mich als Solingerin. Ich sah keine andere Möglichkeit, denn ich hatte und habe weiterhin nicht die Wahl, morgens aufzuwachen und zu überlegen, ob ich mich heute mit Rassismus(kritik) auseinandersetzen will oder nicht. Dieses Privileg hatte und habe ich nicht. Es wurde über nächtliche Rettungsaktionen nachgedacht und untereinander kommuniziert. Allianzen wurden gebildet für den Fall weiterer Anschläge. Viele türkeistämmige Solinger*innen hatten Angst, so behandelt zu werden wie jüdische Menschen in der NS-Zeit. Nach dem Anschlag wurde auf einer Demonstration in Solingen ein Transparent mit der Aufschrift „Gestern Juden – heute Türken“ gezeigt.¹⁷ Diese Furcht hing auch mit dem rassistischen und extrem rechten Brandanschlag auf das Haus der Familie Arslan in Mölln nur ca. sechs

Monate zuvor zusammen. Yeliz und Bahide Arslan sowie Ayşe Yılmaz kamen dabei ums Leben. Mölln hatte sich schon vor dem Anschlag in Solingen im kollektiven Gedächtnis eingebrannt.¹⁸ Deutsch-türkeistämmige Bürger*innen Solingens installierten Rauchmelder in ihren Wohnungen. Mehrere Eimer Wasser wurden an verschiedenen Stellen in ihren Wohnungen platziert. Es wurden Strickleitern und Brandschutzfolien gekauft. Der Besitz einer Strickleiter im Haushalt war für viele Familien ein unbedingtes Muss. Nach dem Anschlag wurden Strickleitern hauptsächlich in der deutsch-türkischen Community beworben; es lief damals sogar Fernsehwerbung für Strickleitern, die ganz schnell an Heizungen befestigt werden konnten, um sie dann aus dem Fenster zu hängen. Viele migrantische Familien, auch meine Eltern, besorgten sich eine Strickleiter und übten mit ihren Kindern und Verwandten den Abstieg nach draußen. Für das eigene Sicherheitsgefühl wurden Bewegungsmelder außerhalb des Hauses installiert. Migrantisierte Menschen, die im 1. Stockwerk wohnten, parkten ihr Auto möglichst nah am Gebäude, legten Matratzen auf das Autodach und auf den Boden, um im Falle eines Brandanschlages aus dem Fenster springen zu können. Der Gedanke dahinter war, so wenig Verletzungen wie möglich davon zu tragen, denn Ahmet und Güldane Ince, Bekir Genç, Burhan Duran und weitere Familienmitglieder, die damals aus den Fenstern des brennenden Hauses in der Unteren Wernerstraße 81 sprangen, überlebten den Sprung schwerverletzt. Dies sollte mit der Auslegung der Matratzen verhindert werden. Kinder und Jugendliche mit einer Migrationsbiografie in Solingen durften damals für mehrere Wochen die Wohnung nicht verlassen, weil ihre Eltern Angst hatten, dass Rassist*innen und Neonazis jetzt „Jagd auf Türk*innen“ machen. Auch meine Geschwister und ich waren eine Zeit lang davon betroffen. Nicht zu Unrecht, denn

¹⁶ Die lokale Zeitung „Solinger Tageblatt“ berichtete vom 01.-08.06.1993 über die kollektive Gewalt.;¹⁷ Jansen, Frank: »Gebete gegen Gewalt, Tränen gegen die Wut«, in: Der Tagesspiegel vom 02.06.1993, S. 3.;¹⁸ Siehe die beiden Beiträge von Neşe/Fatma und Kâmil Genç, aufgeführt in Fußnote 10.

Der Solinger Brandanschlag – eine biografische und gesellschaftspolitische Annäherung aus der Perspektive einer deutsch-türkischen Solingerin

nach dem Anschlag gab es in Solingen, aber auch bundesweit, Bedrohungen und Anschläge gegen migrantisierte und rassifizierte Menschen.¹⁹ Ich erfuhr viel später in Gesprächen mit weiß positionierten Menschen aus Solingen, dass nicht nur migrantisierte Kinder und Jugendliche „Ausgehverbot“ hatten, sondern auch weiße Kinder und Jugendliche; der Hintergrund war jedoch ein anderer: Viele weiße Solinger*innen hatten Angst, dass ihre Kinder durch die „kriminellen und brutalen Türken“ verletzt werden könnten, die unmittelbar nach dem Anschlag ihre kollektive Wut über die Morde in Form von Protesten und Demonstrationen in Solingen zeigten. Nach dem Anschlag in Solingen war das Bedrohungsgefühl in der deutsch-türkeistämmigen Community immens. Die Schlafzimmer- und Kinderzimmertüren wurden abends nicht mehr geschlossen, damit man im Falle eines Brandes den Qualm schnell wahrnehmen kann. Viele deutsch-türkeistämmige Solinger*innen schlafen heute noch mit offenen Türen. Die Fenster bleiben auch bei warmen Temperaturen oftmals geschlossen, damit bei einem Anschlag keine Brandsätze in die Innenräume gelangen können.²⁰ Die türkisch klingenden Namen wurden damals an vielen Klingeln entfernt oder gegen deutsche ausgetauscht, um nicht Ziel eines weiteren Brandanschlags zu werden.²¹ Oft wurden Namenschilder an den Klingeln nicht beschriftet. Aus Erfahrungen und aus Gesprächen mit Deutsch-Türkeistämmigen weiß ich, dass auch gegenwärtig Bedenken kursieren, wenn Wohnungen von migrantischen Menschen inseriert werden, dass besser keine weiteren türkisch bzw. muslimisch gelesene Familien in einem Haus wohnen sollen, um keine Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und damit Rechtsgesinnte nicht in die „Versuchung“ kommen, dort einen Brandanschlag zu verüben. Kurz nach dem Anschlag hatten Deutsch-Türkeistämmige ihre Familien zu Verwandten in andere Städte geschickt, um sie

vor möglichen weiteren Angriffen zu schützen. Die Ehemänner blieben zurück und bewachten die Wohnungen und Häuser. Sie waren mit Walkie-Talkies im Einsatz und wechselten sich ab. Die Solidarität innerhalb der Community war zu dieser Zeit groß, weil der Nenner derselbe war: Jede*r konnte als nächstes betroffen sein.

Für einige Menschen war nach dem Anschlag ein Leben in Solingen nicht mehr vorstellbar. Nicht wenige deutsch-türkeistämmige Menschen zogen aus Solingen weg oder migrierten in die Türkei zurück. Mein Onkel, der 1968 mit meinem Vater zusammen als sogenannter Gastarbeiter nach Solingen kam, zog im September 1993 wieder zurück in die Türkei. Für meine Eltern kam diese Option nicht infrage, obwohl das Leben in Deutschland für sie nicht immer einfach war. Wir blieben in Solingen. Eine deutsche Nachbarsfamilie von Familie Genç zog unmittelbar nach dem Anschlag an die Grenze der Niederlande. Sie konnten die schmerzlichen Verluste, insbesondere der ermordeten Hatice Genç, nicht verkraften. Hatice Genç hatte sich sehr oft bei diesen Nachbarn aufgehalten. Sie hatten Hatice wie ihr eigenes Kind angenommen.²²

Der erneute Anschlag in Solingen bestätigte unsere antizipierten Ängste

Man könnte denken, der rassistische und extrem rechte Brandanschlag sei weitgehend vergessen, weil der Anschlag doch 30 Jahre zurückliegt. Dem ist aber nicht so! Sehr viele deutsch-türkeistämmige Menschen haben immer noch Angst vor einem erneuten Attentat, denn der Brandanschlag ist im kollektiven Gedächtnis nach wie vor sehr präsent. Nicht zuletzt haben sich die antizipierten Ängste insbesondere für Solinger*innen nach dem 20. Oktober 2021 verstärkt, denn an diesem Tag wurde erneut ein

¹⁹ Seit dem 1. Januar 1986 führt das Bundeskriminalamt eine Statistik über rassistische und extrem rechte Straftaten und Aktivitäten extrem rechter Organisationen und Einzelpersonen in Solingen durch. Eine Auswahl dazu vom 01.01.1986 bis 28.06.1993 ist zu finden in: Deutscher Bundestag: Antwort der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste. Der neofaschistische Brandanschlag von Solingen und der Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung. Drucksache: 12/5586, 26.08.1993; <https://dserver.bundestag.de/btd/12/055/1205586.pdf> [25.08.2023]; ²⁰ Für mich als eine durch den Brandanschlag geprägte und politisierte Solingerin ist diese Vorsichtsmaßnahme nur eine von vielen.; ²¹ Siehe hierzu auch den Beitrag von Neşe/Fatma, aufgeführt in Fußnote 10.; ²² Aus dem Gespräch mit Hatice Genç am 06.02.2022

Der Solinger Brandanschlag – eine biografische und gesellschaftspolitische Annäherung aus der Perspektive einer deutsch-türkischen Solingerin

Brandanschlag auf ein Mehrfamilienhaus in Solingen verübt, in dem migrantisierte Menschen wohnen. Ziel des Molotowcocktails war der Balkon einer deutsch-türkeistämmigen Familie, in deren Wohnung nachts um 2 Uhr noch Licht brannte und deren Balkontür offenstand.²³ Nach über 28 Jahren wurden die antizipierten Ängste von migrantisierten und rassifizierten Menschen in Solingen wieder real. Betroffene Menschen aus Solingen informierten über den erneuten Anschlag innerhalb kurzer Zeit in den sozialen Medien, wo sich die Nachricht schnell verbreitete. Mein Sohn erfuhr die Nachricht über Facebook und schnell war klar, dass der Anschlag auf das Haus seines Freundes verübt worden war. Sofort haben wir Kontakt mit Sibel I. aufgenommen und sind zu ihr gefahren. Die Auswirkungen einer solchen Tat haben wir intensiv wahrgenommen. Sibel I. und ihre Kinder waren zutiefst geschockt und in den ersten Tagen kaum handlungsfähig. Die 26-jährige Tochter hat die Angst nicht überwinden können und zog kurze Zeit später aus Solingen weg. Alle Familienmitglieder sind von dem Anschlag traumatisiert und haben monatelang Nachtwachen gehalten, um sich vor eventuellen weiteren Anschlügen zu schützen. Die weiß-dominierten Medien berichteten kaum darüber, Solidarität aus der weißen Mehrheitsgesellschaft blieb weitestgehend aus. Obwohl am nächsten Tag unmittelbar in der Nähe des Brandanschlags eine medizinische OP-Maske mit aufgezeichneten Hakenkreuzen und SS-Runen von einem Passanten gefunden wurde, relativierte die Wuppertaler Staatsanwaltschaft den Fall als einen „Dumme-Jungen-Streich“.²⁴ Hier lässt sich eine Tradition der Relativierung erkennen, die bis heute wirkmächtig ist. Schon beim Brandanschlag auf das Haus der Familie Genç vor 30 Jahren wurde die Kategorie „Dumme-Jungen-Streich“ benutzt. Der damalige Regierungssprecher Dieter Vogel aus Bonn entpolitisierte die Tat, denn sie sei von „aso-

zialen Gewalttätern verübt“ worden. „Solche Gewalttäter seien nicht in Parteien organisiert, zum Teil alkoholisiert, handelten spontan und zeigten radikale Symbole, deren Bedeutung ihnen wohl gar nicht klar sei“.²⁵ Der unkritische mediale Umgang und die Annäherung der Staatsanwaltschaft an den erneuten Brandanschlag 2021 in Solingen zeigen noch einmal ganz deutlich, dass nicht nur Strafverfolgungsbehörden und Institutionen zehn Jahre nach dem Bekanntwerden der NSU-Morde immer noch Schwierigkeiten haben, rassistische Tatmotive zu erkennen und insbesondere ernst zu nehmen – von der fehlenden Sensibilisierung und Solidarisierung ganz abgesehen. Auf der Seite der Überlebenden und Betroffenen des Anschlags von 1993 in Solingen wurden jedoch antizipierte und verdrängte Ängste wach. Mitglieder der Familie Genç solidarisierten sich mit Sibel I. und besuchten sie vor Ort. Die Auswirkungen des Anschlags wirken auch drei Jahrzehnte später bei Familie Genç noch weiter, für sie war es wichtig, Solidarität und Mitgefühl zu zeigen.²⁶ Schon vor dem erneuten Brandanschlag am 20. Oktober 2021 in Solingen war die Angst gewachsen durch die Aufdeckung der NSU-Morde sowie die Attentate von Halle, Kassel und insbesondere Hanau.²⁷ Die Angst bleibt, weil Solingen, Mölln, Duisburg, Schwandorf, Kassel, Halle und Hanau womöglich nicht die letzten rassistischen, extrem rechten und antisemitischen Anschläge bleiben werden. Die schweren Auswirkungen dieser Gewalt, wie die Ängste und Retraumatisierungen der Betroffenen, bleiben oftmals unsichtbar und werden in öffentlichen Diskursen kaum benannt. So auch in Solingen: Die Erinnerung an den Brandanschlag vor 30 Jahren löst immer noch schmerzvolle Emotionen im sozialen Umfeld von BIPOC aus. Zu den Folgen zählen beispielsweise psychische Belastungen, die ausgelöst werden durch rassistische sowie problematische gesellschaftspolitische

²³ 24 Böhnke, Manuel: »14-Jähriger soll Brandsatz auf Haus geworfen haben«, in: Solinger Tageblatt vom 23.10.2021, S. 17.; ²⁵ Neubauer, Frank: »BKA hält Einzelat für möglich«, in: Solinger Tageblatt vom 02.06.1993, S. 1.; ²⁶ Siehe die bereits erwähnten Beiträge von Hatice Genç und Kâmil Genç.; ²⁷ Vgl. Data4U: Rassistische Neonazi-Morde in Deutschland. Eine Studie zur Gefühlslage und Meinungen der türkischen Migranten (Pressemitteilung), hg. Zentrum für Migrations- und Politikforschung der Hacettepe Universität, <https://www.data4u-online.de/wp-content/uploads/2012/02/Pressemitteilung11012012-2.pdf> [25.08.2023]; vgl. Endax. Ergebnisse der ersten Befragung zu den NSU-Morden, https://toz.de/fileadmin/static/pdf/2013-07-22_03_endaX_Auswertung_NSU_040713.pdf [25.08.2023]; vgl. Deole, Sumit S.: Justice Delayed is Assimilation Denied. Rightwing Terror, Fear and Social Assimilation of Turkish Immigrants in Germany, in: CESifo Working Papers, 2019, S. 1-61, https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3275409 [25.08.2023].

Der Solinger Brandanschlag – eine biografische und gesellschaftspolitische Annäherung aus der Perspektive einer deutsch-türkischen Solingerin

Diskurse, wie etwa die Kolportagen über Angehörige der Familie Genç, Täter*innen-Opfer-Umkehr²⁸, Teilnahmslosigkeit oder begrenzte Empathie mit den Betroffenen des rassistischen und extrem rechten Anschlags in Solingen 2021 überwiegend vonseiten der weißen Mehrheitsgesellschaft. Betroffene Menschen in Solingen empfinden tiefe Trauer und Angst, wenn sie an den Anschlag zurückdenken. Dies schwächt die Psyche von BIPOC.²⁹ Für Betroffene aus Solingen hat die Bedrohung durch den Brandanschlag am eigenen und dauerhaften Wohnort eine bleibende Bedeutung. Die oben erwähnten individuellen Schutzmaßnahmen sind verinnerlicht und werden auch unbewusst an die nächsten Generationen weitergegeben.

Unterschiedliche und intergenerationelle Perspektiven gesellschaftlicher Betroffenheiten

Rassismus und rechte Gewalt sind allgegenwärtig und alltäglich in Deutschland. Die zweite sowie die nachfolgenden Generationen sind mit dieser Gefährdungslage aufgewachsen, sodass die rassistische und extrem rechte Gewalt in Deutschland für migrantisierte sowie rassifizierte Menschen fast zur Normalität geworden ist. Beim Umgang mit rassistischen und extrem rechten Anschlägen in Deutschland lässt sich ein eklatanter und erschreckender Mangel an Empathie und Solidarität mit den Opfern und Angehörigen vornehmlich seitens der weißen Mehrheitsgesellschaft beobachten. Hierfür gibt es immer wieder Beispiele in der Politik, in Institutionen, Medien und der Mehrheitsgesellschaft.³⁰ Nicht nur die rassistischen Anschläge der extremen Rechten

spalten Deutschland, sondern auch das vielfach distanzierte und emotionslose Verhalten von Politik und Medien, die selektive Empathie und das unsolidarische Verhalten eines großen Teils der weißen Mehrheitsgesellschaft werden von den Betroffenen als Affront erlebt. Da der Anschlag von 1993 in Solingen schon 30 Jahre zurückliegt und viele Menschen sich nicht mehr an Einzelheiten erinnern, soll an dieser Stelle Bezug auf den Hanauer Anschlag genommen werden. Sehr viele BIPOC identifizieren sich mit den Ermordeten des rassistischen und extrem rechten Anschlags in Hanau, weil sie selbst hätten betroffen sein können, da sie oder ihre Kinder Shisha-Bars besuchen und diese als Safer Spaces ansehen. Schnell kehrte nach dem Hanauer Anschlag wieder eine Art Normalität ein und die alltägliche politische Agenda wurde von anderen Themen überlagert. Für viele BIPOC war es erschreckend zu sehen, dass kaum Menschen auf den Gedanken kamen, Karneval ausfallen zu lassen.³¹ Unsolidarisches Verhalten innerhalb der weißen Mehrheitsgesellschaft verändert viele BIPOC, insbesondere der zweiten und dritten Generation, und beeinträchtigt ihr Vertrauen selbst in ihr enges Umfeld. Viele bestehende Freundschaften und kollegiale Verhältnisse zu weißen Menschen zerbrachen oder bekamen Risse aufgrund der fehlenden Solidarität. Die Ignoranz sowie die Empathielosigkeit eines großen Teils der weißen Gesellschaft gegenüber Betroffenen zeigen, dass sogenannte „Menschen mit Migrationshintergrund“ als nicht gleichwertig und Teil der Gesellschaft betrachtet werden. Diesen Umstand machen BIPOC daran fest, dass die Betroffenheit der Menschen offenbar von der (vorgeblichen) Her-

²⁸ Vgl. Bericht der Jugendgerichtshilfe Solingen: Das Verfahren zum Solinger Brandanschlag. Mai 1993 bis Oktober 1995, Stadt Solingen/Jugendamt (Hg.); vgl. auch Frankfurter Rundschau vom 09.12.1995, S. 4; Müller-Münch, Ingrid: »Neuer Wirbel im Solingen-Prozess: Rechtsradikale Zeugen warten mit dubioser Tatversion«, in: Frankfurter Rundschau vom 05.09.1995; Neubauer, Frank: Fremdenfeindliche Brandanschläge – Eine kriminologisch empirische Untersuchung von Tätern, Tathintergründen und gerichtlicher Verarbeitung in Jugendstrafverfahren, Mönchengladbach, 1998; Gür, Metin/Turhan, Alaverdi (Hg.): Die Solingen-Akte, Düsseldorf, 1996.;²⁹ Siehe Beiträge von Familienangehörigen der Familie Genç und andere Beiträge von Betroffenen rassistischer und extrem rechter Gewalt im von Birgül Demirtaş et. al. hg. Band Solingen, 30 Jahre nach dem Brandanschlag. ³⁰ Die Teilnahmslosigkeit und Desolidarisierung des Alt-Bundeskanzlers Helmut Kohl gegenüber den Betroffenen des Möllner und Solinger Brandanschlags sowie das nicht eingelöste Versprechen von der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel für eine lückenlose Aufklärung des NSU-Komplexes und der Morde in Hanau, welche noch auf sich warten lässt, sind nur zwei Beispiele von so vielen.;³¹ Akbaba, Yalız/Baum, Hava/Demirtaş, Birgül: Curricular Defizite, Wissenskrisen und Empowerment – Rassismus(kritik) an der Hochschule, in: Demirtaş, Birgül/Schmitz, Adelheid/Wagner, Constantin (Hg.): Rassismus in Institutionen und Alltag der Sozialen Arbeit – Ein Theorie-Praxis-Dialog, Weinheim/Basel, 2022, S. 166-186.

Der Solinger Brandanschlag – eine biografische und gesellschaftspolitische Annäherung aus der Perspektive einer deutsch-türkischen Solingerin

kunftsidentität und der Zuschreibung von Nicht-Zugehörigkeit abhängig ist. Bei den Opfern des NSU wurde anfangs gemutmaßt, dass sie in kriminelle Machenschaften verwickelt gewesen seien und so gesehen zu ihrem Tod selbst beigetragen hätten. Das bedeutet, dass die NSU-Opfer als „kriminelle Fremde“ gesehen wurden und der Umgang mit den Morden von Vorurteilen und Ideologien durchzogen war, was zu einer zwischenmenschlichen Distanz führte. Bei einem islamistischen Anschlag dagegen werden die Getöteten von einem großen Teil der weiß-deutschen Bevölkerung als „unschuldige Deutsche“ wahrgenommen, wodurch dann die emotionale Identifikation und Betroffenheit viel höher sind.³² Das bedeutet, wenn Menschen in Deutschland in ihrer Empörung, Wut und Trauer Unterschiede aufgrund der (vermeintlichen) Herkunft und Stellung der Betroffenen machen, dann zeigt das, wie sehr unser Denken und Fühlen von Rassismus beherrscht sind und dass Rassismus einen wichtigen Sieg in unseren Köpfen errungen hat.

Unmittelbar nach dem Anschlag in Hanau im Jahr 2020 entstand bei BIPOC das Bedürfnis, gemeinsam zu trauern und dem „kollektiven Schmerz“ einen Raum zu geben. So haben engagierte BIPOC in diversen Städten Räumlichkeiten angemietet, um Safer Spaces zu schaffen,³³ da weiße Freund*innen, Bekannte und Kolleg*innen sich nach den Anschlägen in Hanau kaum oder gar nicht bei ihnen gemeldet hatten, um ihre Solidarität zu bekunden. Für den 8. Mai 2020 gab es von migrantischen Selbstorganisationen den Aufruf zum „Tag des Zorns“ und einen damit einhergehenden Generalstreik.³⁴ Der Sinn dahinter ist, nach

dem Vorbild der Migrant*innenbewegung in den 1980er und 1990er Jahren nicht in die Rolle des „Opfers“ zu fallen, sondern die Selbstorganisation und Selbstverteidigung gegen den alltäglichen Rassismus zu setzen, dessen Kontinuität sichtbar zu machen und Solidarisierung, Erinnerung und den Kampf gegen jegliche Form von Rassismus, Antisemitismus und extrem rechte Gewalt voranzutreiben, denn „Solingen und Hanau ist überall“.

³² Hierfür ist der Anschlag auf dem Breitscheidplatz im Jahr 2016 in Berlin ein gutes Beispiel, bei dem zwölf Menschen ermordet wurden. Monatelang berichteten die Medien über das islamistische Attentat. Die Betroffenheit der weißen Mehrheitsgesellschaft war groß und ebte nicht so schnell ab. Im Umkehrschluss könnte dies auch bedeuten, dass die Betroffenheit der weißen Mehrheitsgesellschaft dann gegeben ist, wenn die phänotypischen Merkmale der Opfer und Betroffenen eine hohe Ähnlichkeit mit ihren eigenen aufweisen. Das hängt wahrscheinlich mit der Identifikation mit den Betroffenen zusammen.; ³³ Beispielsweise wurde am 01.03.2020 von BIPOC für BIPOC ein Raum für Safer Spaces im Düsseldorfer Café „Grenzenlos“ angemietet, um gemeinsam zu trauern.; ³⁴ Der Aufruf lautete: Liebe Freund*innen, liebe Genoss*innen, wir migrantischen Selbstorganisationen rufen unsere Geschwister und Genoss*innen am 8. Mai 2020 zu einem Tag des Zorns und damit einhergehenden Generalstreik auf. Wir fordern Menschen mit Migrationserbe, jüdische Menschen, BIPOCs und alle solidarischen Menschen auf, mit uns zu streiken. Warum der 8. Mai? Das Datum gilt als Tag der Befreiung. [...] Am Donnerstag den 19. Februar 2020 wurden in Hanau 9 Menschen mit Migrationserbe von einem Nazi erschossen, fünf weitere wurden verletzt. Da die Politik dabei zusieht wie unsere Geschwister und Freund*innen, auch unsere antifaschistischen Genoss*innen, bis heute sogar in staatlichen Institutionen ums Leben kommen, können wir uns nicht auf sie verlassen. Sei schützen uns nicht und spätestens seit dem NSU wissen wir, dass in Deutschland aller Wahrscheinlichkeit nach Täterschutz betrieben wird. Wir sind nicht still, wir lassen uns nicht einschüchtern, wir führen keine rassistischen Diskussionen, wir überlassen Nazis nicht die Straßen. Wenn Deutschland weiter mit Nazis schmusen möchte, geschieht das ohne uns! Angeregt durch die Ramazan Avcı Initiative tragen wir unsere Wut und unsere Trauer am 8. Mai auf die Straße. Organisiert euch und ruft mit uns zum Streik auf. Tag des Zorns, 8. Mai, deutschlandweit.

Der Solinger Brandanschlag – eine biografische und gesellschaftspolitische Annäherung aus der Perspektive einer deutsch-türkischen Solingerin

Literatur

Akbaba, Yalız/Baum, Hava/Demirtaş, Birgül (2022): Curriculare Defizite, Wissenskrisen und Empowerment – Rassismus(kritik) an der Hochschule, in: Demirtaş, Birgül/Schmitz, Adelheid/Wagner, Constantin (Hg.): Rassismus in Institutionen und Alltag der Sozialen Arbeit – Ein Theorie-Praxis-Dialog, Weinheim/Basel: Beltz Verlag, S. 166-186.

Bericht der Jugendgerichtshilfe Solingen (1995): Das Verfahren zum Solinger Brandanschlag. Mai 1993 bis Oktober 1995, Stadt Solingen/Jugendamt (Hg.).

Birgül Demirtaş/Adelheid Schmitz/Derya Gür-Şeker/Çağrı Kahveci (Hg., 2023): Solingen, 30 Jahre nach dem Brandanschlag. Rassismus, extrem rechte Gewalt und die Narben einer vernachlässigten Aufarbeitung, Bielefeld, <https://www.transcript-verlag.de/media/pdf/c6/82/57/oa9783839464977.pdf> [25.08.2023].

Böhnke, Manuel (2021): »14-Jähriger soll Brandsatz auf Haus geworfen haben«, in: Solinger Tageblatt vom 23.10.2021, S. 17.

Data4U (2012): Rassistische Neonazi-Morde in Deutschland. Eine Studie zur Gefühlslage und Meinungen der türkischen Migranten (Pressemitteilung), hg. vom Zentrum für Migrations- und Politikforschung der Hacettepe Universität: <https://www.data4u-online.de/wp-content/uploads/2012/02/Pressemitteilung11012012-2.pdf> [25.08.2023].

Demirtaş, Birgül (2016): Der Brandanschlag in Solingen und seine Wahrnehmung durch die zweite Generation von türkischstämmigen Migranten, Landesintegrationsrat NRW (Hg.).

Deole, Sumit S. (2019): Justice Delayed is Assimilation Denied. Rightwing Terror, Fear and Social Assimilation of Turkish Immigrants in Germany, in: CESfio Working Papers, S. 1-61. https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3275409 [25.08.2023].

Deutscher Bundestag (1993): Antwort der Kleinen Anfrage der

Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste. Der neofaschistische Brandanschlag von Solingen und der Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung, Drucksache 12/5586 (26.08.1993), <https://dserver.bundestag.de/btd/12/055/1205586.pdf> [25.08.2023].

Endax (2013): Ergebnisse der ersten Befragung zu den NSU-Morden, https://taz.de/fileadmin/static/pdf/2013-07-22_03_endax_Auswertung_NSU_040713.pdf [25.08.2023].

Gür, Metin/Turhan, Alaverdi (1996): Die Solingen-Akte, Düsseldorf.

Jansen, Frank (1993): »Gebete gegen Gewalt, Tränen gegen die Wut«, in: Der Tagesspiegel vom 02.06.1993, S. 3.

Meurer, Hans-Peter (1993): »Friedliche Demo, dann Randalen. Erneut Ausschreitungen durch Protest-Profis«, in: Solinger Tageblatt vom 02.06.1993.

Müller-Münch, Ingrid (1995): »Neuer Wirbel im Solingen-Prozeß: Rechtsradikale Zeugen warten mit dubioser Tatversion«, in: Frankfurter Rundschau vom 05.09.1995.

Neubauer, Frank (1998): Fremdenfeindliche Brandanschläge – Eine kriminologisch empirische Untersuchung von Tätern, Tathintergründen und gerichtlicher Verarbeitung in Jugendstrafverfahren, Mönchengladbach.

(1993a): »Solingen – sechs Monate danach. Verbrannt, verdrängt, vergessen«, in: Stern 1993, Nr. 48, S. 21-30.

(1993b): »Solingen ein Bild der Verwüstung«, in: Solinger Tageblatt vom 01.06.1992, S. 4. (1993c): »BKA hält Einzeltat für möglich«, in: Solinger Tageblatt vom 02.06.1993, S. 1.

(1993d): »Wieder 79 Festnahmen trotz allgemein ruhiger Nacht«, in: Solinger Tageblatt vom 04.06.1993, S. 13.

Ergebnisse der Diskussionen in den Arbeitsgruppen und Handlungsempfehlungen

Die beiden historischen Ereignisse in Sivas und Solingen sollten als Ausgangspunkt der Tagung dienen, um in gemischten Kleingruppen aus jeweils alevitischen, sunnitischen und nichtmuslimischen Teilnehmer:innen ins Gespräch zu kommen. Dabei ging es v.a. darum, wie eine vertrauensvolle Basis für einen engen Schulterschluss gegen menschenfeindliche Angriffe jeglicher Art geschaffen werden kann. Die Ergebnisse der in kleinen Arbeitskreisen diskutierten Fragestellungen wurden anschließend im Plenum gesammelt und sollen im Folgenden vorgestellt werden.

Bündnisse gegen gruppenfeindliche Tendenzen bilden

Als Einstieg haben sich die Gruppen mit der Frage befasst, welche Rahmenbedingungen es dafür braucht, um aufeinander zugehen zu können:

- Engagierte und bewusste Menschen können sich als Multiplikator:innen verhalten und in einem ersten Schritt in ihrem persönlichen Umfeld in Hinblick auf Sivas und Solingen sensibilisieren.
- Wichtig ist, Fremdzuschreibungen als Muslim:innen und Stigmatisierungsprozesse zu reflektieren und transparent zu machen sowie pauschale Vorstellungen religiöser Zugehörigkeit aufzubrechen.
- Akteur:innen aus der „Mehrheits“-Community haben die Verantwortung, auf marginalisierte bzw. diskriminierte Communitys zuzugehen.
- Übergriffe, Anschläge, Diskriminierung sind kollektiv als Verbrechen anzuerkennen.
- Sivas hat für Alevit:innen identitätsstiftende Bedeutung, das gilt es bewusst zu machen und zu respektieren.
- Es ist wichtig, Solidarität und Empathie mit (Menschen aus) Communitys zu zeigen und Empfehlungen zu erarbeiten, wie diese in Praxis gelebt werden können.
- Dazu gehört auch, über vermeintlich theologische/religiöse Wurzeln bzw. Hintergründe von rassistischen Einstellungen zu sprechen.
- Es gilt Gegenarrative zu stigmatisierenden, diskriminierenden und verachtenden Erzählungen zu erarbeiten.
- Die Kategorien „gläubig/ungläubig“ oder „religiös/laizistisch“ im Kontext von Konflikten sind in Hinblick auf ihre ausgrenzen-

den Mechanismen und delegitimierenden Wirkungen zu reflektieren.

- Erforderlich ist eine Sensibilisierung für den Umgang mit sozialen Medien, vor allem auch um auf Hate Speech, Fake News und ähnliches adäquat zu reagieren.
- Es geht um die Entwicklung einer gemeinsamen Erinnerungskultur, die sich nicht als Verdrängungskultur entpuppen darf.
- In diesem Kontext sind auch die Erwartungen an staatliches Handeln sowie das Verständnis und die Aufgaben der Zivilgesellschaft zu klären.

Bündnisse aufbauen, die gegenüber Einflüssen und Entwicklungen im Ausland eigenständig sind:

Im nächsten Schritt ging es um die Gelingensfaktoren eines langfristigen Zusammenhalts, welcher auch in schwierigen Zeiten unerschütterlich bleibt:

- Festzuhalten ist zunächst, dass Bündnisse und eine gemeinsame Erinnerungskultur von Alevit:innen und Sunnit:innen eine Zukunftsvision sind. Bevor diese realisiert werden können, sind noch zahlreiche Schritte der Annäherung notwendig.
- Entscheidend dafür ist, dass Sivas und Solingen als ein Thema der Einwanderungsgesellschaft in Deutschland anerkannt werden.
- Bündnisse können nur aufgebaut werden, wenn die potenziellen Partner glaubwürdig die Ernsthaftigkeit ihrer Interessen artikulieren.
- Die zentrale Aufgabe besteht darin, den Austausch z.B. über Sivas und Solingen in die eigene Community, jedoch auch in die Mehrheitsgesellschaft hineinzutragen. Das bedeutet:

Ergebnisse der Diskussionen in den Arbeitsgruppen und Handlungsempfehlungen

- Themen, Konflikte und Probleme offen anzusprechen (eventuell zunächst in vertrautem Umfeld).
- sich proaktiv für andere einzusetzen und zu versuchen, deren Position im eigenen Denken zu beachten.
- die Diskurse in Richtung derer zu erweitern, die das eigene Anliegen bislang ablehnen oder gar blockieren.
- Akteure zu identifizieren, die einen größeren Anteil der jeweiligen Community erreichen.
- Ängste zu nehmen, Erwartungen zu klären, Selbstreflexion anzuregen.
- Filme und Dokumentationen zu zeigen, um einen größeren Kreis von Menschen anzusprechen.
- Themen und Fragestellungen in die politische Bildung aufzunehmen, politische Bildung in Schulen und „Bezugskontexten“ zu verstärken.
- Die Fragen nach Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit könnten für die Entwicklung von Konzepten, für die Praxis und die Erarbeitung von Materialien orientierender Maßstab sein.
- Es ist ein Erinnern zu gestalten, das das Nichtwissen über Sivas in Deutschland herausfordert.
- Es kann eine Gedenkveranstaltung zu Solingen und Sivas entwickelt werden.
- Wichtig wären Überlegungen, welche Akteur:innen für die Aufarbeitung und die Entwicklung einer gemeinsamen Veranstaltung gewonnen werden könnten.

Gemeinsame Interessen mit Communitys, die von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen sind:

Die Teilnehmer:innen wurden anschließend gebeten, konkre-

te Aspekte für mögliche Zusammenschlüsse zu benennen, um Wege zu finden, die eine Annäherung von Gesellschaftsgruppen erleichtern könnten:

- Rassismuskritik
- Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung
- Eigenständiges, selbstbestimmtes und anerkanntes Engagement
- Anerkennung der politischen Anliegen und geringerer Rechtfertigungsdruck
- Interreligiöser und transkultureller Dialog
- Öffentliche Bewusstseinsbildung für Gewalterfahrungen und Leidensgeschichten
- Stärkung von Minderheitenschutz und Achtung der Menschenwürde
- Gehör in der Politik finden
- Auf- und Ausbau von Strukturen – Beratung, Hilfe und Unterstützung
- Besserer Zugang zu Ressourcen und Ausbau finanzieller Ressourcen
- Aufzeigen rechtsradikaler Zusammenhänge

Gemeinsame Interessen vertreten – Gemeinsames Handeln:

- In der Kommunikation, bei Veranstaltungen und Bildungsangeboten geht es darum, Menschen dort abzuholen, wo sie stehen.
- Bei der Zusammensetzung von Gruppen zur Planung, Beratung oder als Beirat ist darauf zu achten, dass alle beteiligten Communitys angemessen repräsentiert sind (Quotierung).
- Mögliche Blockaden oder eventueller Widerstand von Gruppierungen gegenüber der Idee der Entwicklung einer gemeinsamen

Ergebnisse der Diskussionen in den Arbeitsgruppen und Handlungsempfehlungen

Erinnerungskultur könnten durch vernetztes Agieren überwunden werden.

- Um auf eigene Anliegen aufmerksam zu machen, Unterstützung für die eigenen Ziele zu organisieren und den eigenen Intentionen mehr Gewicht zu verleihen ist es erforderlich, Allianzen zu bilden:
- auf zivilgesellschaftliche Akteur:innen, Verwaltung und Politik zuzugehen sowie für die eigenen Interessen zu sensibilisieren und zu werben.
- Sichtbarkeit für Gewalterfahrungen zu schaffen und auf Skandale, Diskriminierungen, Ausgrenzungen und Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen.
- dafür zu sorgen, dass z.B. Sivas als deutsches Thema begriffen wird, unabhängig davon, welche Wirkung diese Entscheidung in der Türkei hat.
- in Gesprächen mit Politiker:innen und anderen Verantwortlichen zu erreichen, dass diese Ereignisse und Erfahrungen Eingang in Bildungsprogramme und schulische Curricula erhalten.
- Dies wäre ein öffentlichkeitswirksames Format, um diese Thematik in der deutschen Gesellschaft sichtbar und bewusster zu machen.
- Zur Planung und Begleitung eines solchen Vorhabens könnte ein Kuratorium/Beirat mit Personen aus zivilgesellschaftlichen Gruppen, aus den Communitys und politischen Gruppierungen gebildet werden.

Arbeiten an einer gemeinsamen Erinnerungskultur

Das gemeinsame Eintreten für eine verbindende Erinnerungskultur (oder andere Anliegen) bedarf, so der Tenor in den Arbeitsgruppen, einer zweigleisigen Strategie: zum einen Überzeu-

gungsarbeit nach innen, d.h. in die eigene Gemeinschaft hinein, und zum anderen nach außen in Richtung Politik und Gesellschaft.

- Die Verbrechen anerkennen
 - Solidarisch mit Betroffenen sein
 - Unangenehme Gespräche mutig anstoßen
 - Behutsam vorgehen, um fördernde Bedingungen für offene Gespräch zu erreichen
 - Räume für Selbstreflexion und kritische Auseinandersetzung schaffen
 - Für unangemessene Sprache sensibel sein und machen
- Gemeinsame Aufgaben:
- Engagiert die Deutungshoheit zu den Geschehnissen beanspruchen – nicht Anderen/Externen überlassen
 - Den Status quo analysieren
 - Die Grenzen des Dialogs näher abstecken und bewusst machen
 - Ohne Vorbedingungen den Dialog beginnen
 - Auf lokaler Ebene über gemeinsame Interessen und Anliegen sprechen
 - Sichtbarkeit von Anliegen und Probleme herstellen
 - Erfahrungen von Menschen aus der Türkei einholen
 - Bewusst sein, dass es sich um einen langwierigen, anstrengenden und zum Teil kontroversen Prozess handeln kann, in dem möglichst alle mitgenommen werden sollen

„Dass die einen über den Schmerz der anderen mittrauern“

Ein Bericht über die öffentliche Podiumsdiskussion
„30 Jahre Sivas – 30 Jahre Solingen: Wie kann uns das Erinnern
in einer vielfältigen Gesellschaft gelingen?“

Klaus Waldmann



Foto/©Alhambra Gesellschaft: Podiumsgespräch am 13. Juli 2023 in Berlin mit (von links nach rechts) Eren Güvercin (Moderator), Prof. Dr. Özen Odağ, MdB Cem Özdemir und Dr. Hüseyin Çiçek

Kann das Prinzip, „dass die einen über den Schmerz der anderen mittrauern können“, eine Grundlage für das Erinnern in einer vielfältigen Gesellschaft sein? Diese Maxime hat Cem Özdemir, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft und seit vielen Jahren in der Auseinandersetzung gegen Rassismus engagiert, bei einer Gesprächsrunde zu diesem Thema am 13. Juli in Berlin eingeführt. An diesem Gespräch nahmen ebenfalls Professorin Özen Odağ (Forschungsschwerpunkt: Alevitische Diaspora in Europa) von der Touro University Berlin und Dr. Hüseyin Çiçek, Politik- und Religionswissenschaftler (Forschungsschwerpunkt alevitische Diaspora in Europa) an der Universität Wien teil. Moderiert wurde die Veranstaltung von Eren Güvercin, Alhambra Gesellschaft und Leiter des Projekts MuslimDebate 2.0.

Anlass zu Überlegungen über Möglichkeit und Gestaltung einer gemeinsamen Erinnerungskultur von Alevit:innen und Sunnit:innen war der Brandanschlag im Mai 1993 in Solingen, bei dem fünf türkischstämmige Mädchen und Frauen aus der Familie Genç ums Leben kamen, und das Pogrom von Sivas, das sich nur wenige Wochen nach dem Anschlag von Solingen im Juli dieses Jahres ereignete und dem 37 Personen zu meist alevitischen Glaubens zum Opfer fielen. Im Abstand von 30 Jahren zu den Geschehnissen schien es den Veranstaltern an der Zeit, ein gemeinsames Nachdenken zu initiieren.

Hintergründe menschenverachtender Verbrechen

Eine grundsätzliche Frage war, wie solche brutalen und men-

„Dass die einen über den Schmerz der anderen mittrauern“

schenverachtenden Verbrechen zu erklären sind. Özen Odağ versuchte sich dem Hintergrund solcher Taten mit einigen grundsätzlichen Erläuterungen zu nähern. Sie führte eine anthropologische Konstante in das Gespräch ein und vertrat die These, dass es bei Angriffen auf Communities, auf bestimmte Gruppen bzw. auf Menschen, die in den Augen von Tätern eine Gemeinschaft repräsentieren, sich um ein globales Problem handele. Im Hintergrund ständen generelle Prozesse der Identitätsbildung. Menschen würden als diskriminierende Wesen geboren, die als Individuen vom Wunsch geleitet seien, sich von anderen Individuen zu unterscheiden. In der Entwicklung einer Person sei die Differenzierung von Ich und die anderen ein simpler, aber enorm wichtiger sozialpsychologischer Prozess. Gleichzeitig kennzeichne die Menschen den Wunsch nach Anerkennung und Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe, sodass die Differenzierung zwischen Ich und Sie in eine Unterscheidung von Wir und die anderen übergehe. Im gesellschaftlichen Kontext von unterschiedlichen Communities, Kulturen, Religionen usw. könnten diese Prozesse eine Dynamik von Abgrenzung, Abwertung, Hierarchisierung, Dominanzbestrebungen und unterschiedlicher Macht entfalten. In Prozessen der Unterscheidung könnten Vorurteile, Stereotypen, Rassismen, Feindbilder, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Dogmen, Verurteilung von Abweichung usw. zur Wirkung kommen. Odağs These zufolge seien diese Phänomene sowohl in demokratischen als auch in autokratischen Gesellschaften zu beobachten.

Gemeinschaften hätten unbestreitbare wichtige Funktionen wie Solidarität, Unterstützung, Anerkennung, Zugehörigkeit und gemeinsam geteilte Normen. Die Einhaltung von Werten und Normen würde von der jeweiligen Gemeinschaft implizit und explizit überwacht. Abweichung und Regelverstoß könnten für die Einzelnen massive Folgen haben und diese würden z.B. als Abtrünnige qualifiziert. Ein zentrales Problem in diesem Kontext sei, dass aus gering hierarchisierten Differenzen zwischen Gemeinschaften fundamentale Gegner und Feinde werden könnten, z.B. in der Figur des Gläubigen und des Ungläubigen oder im Gegenüber von sich als autochthon verstehenden und dadurch mit mehr Rechten ausgestatteten Gruppen und fremden, migrantischen Gruppen. Die Identifikation mit einer Gruppe bzw. die reale oder zugesprochene Zugehörigkeit bedeute, dass die Mitglieder die Repräsentation der Gruppe durch die Einzelnen erwarten, aber auch dass Außenstehende einen als Repräsentanten der Community betrachten.

Zwei weitere Faktoren, die das Leben in komplexen Gesellschaften prägen, müssten allerdings berücksichtigt werden: a) Der Mensch könne sich mehreren Gruppen zugehörig fühlen und b) es werde häufig übersehen, dass die angenommene Homogenität einer Gemeinschaft oder eines Milieus eben konstruiert ist. Auch die türkischstämmige Community sei z.B. keine Einheit, sie differenziere sich in zahlreiche Subgruppen und schon ein flüchtiger Blick zeige, dass diese sich in nationalistische und liberale Strömungen unterscheidet. Nicht vernachlässigt werden dürfe

„Dass die einen über den Schmerz der anderen mittrauern“

ebenso, dass Menschen nicht völlig unabhängig entscheiden, welcher Gruppierung sie sich zuordnen, es gebe auch den Blick von außen, der einen unabhängig von der eigenen Positionierung und ohne eigenes Zutun einem Milieu, einer Gemeinschaft zuordnen kann. Aus komplexen dynamischen Prozessen der Gemeinschaftsbildung sowie den Abgrenzungen zwischen Gemeinschaften und ihren konstruierten Begründungen könnten Feindschaften entstehen, die zu verbrecherischen Handlungen führen können.

Grundsätzlich sei es wichtig, sich dieser Mechanismen und Zusammenhänge, die hier nur verkürzt dargestellt werden konnten, bewusst zu werden und zu reflektieren sowie aus Gruppenformationen herauszutreten und in sozialen Kontexten eine eigenständige Persönlichkeit zu werden, um sich relativ unabhängig von Gruppenzwängen verhalten zu können.

Sind Sivas und Solingen zu vergleichen?

Im weiteren Gespräch wurde die Problematik angesprochen, dass die zeitliche Parallelität von Solingen und Sivas einen Vergleich beider Geschehnisse impliziert. Besonders Cem Özdemir vertrat die These, dass man Solingen und Sivas nicht miteinander vergleichen könne. Solingen sei ein im Dunkel der Nacht ausgeführter, rassistisch motivierter Brandanschlag auf ein von türkeistämmigen Familien bewohntes Haus gewesen. Dieser Anschlag wurde in der Öffentlichkeit als rechtsradikale Tat in aller Schärfe verurteilt. Die Polizei und Sicherheitsbehörden unter-

suchten die Tat und ermittelten die Täter, die Justiz verurteilte in der Folge die Täter auf der Grundlage der Ermittlungsergebnisse. Das Pogrom in Sivas hingegen sei am helllichten Tag vor laufender Fernsehkamera von einer auch aus religiösen Überzeugungen aufgebrachten Menge ausgeführt worden. Die Sicherheitsbehörden hätten zum Schutz der Bedrohten nicht eingegriffen. Der damalige türkische Ministerpräsident soll anschließend geäußert haben, dass Gottseidank dem türkischen Volk nichts passiert sei, wobei mit dem türkischen Volk die fanatische Menge vor dem brennenden Hotel gemeint war und nicht die Opfer des Pogroms. Seine Sorge habe also keineswegs den getöteten und verletzten Alevit:innen gegolten. Weiter hätten die türkische Polizei und Justiz das Verbrechen nur ungenügend aufgearbeitet. Weder der türkische Staat noch national-religiöse Gruppen, die für die Brandstiftung des Hotels verantwortlich waren, hätten in Hinblick auf die Tat Verantwortung übernommen. Sivas sei in Deutschland eher mit den Geschehnissen in Rostock-Lichtenhagen und in Hoyerswerda zu vergleichen. Dennoch müsse man über die Möglichkeit einer gemeinsamen Erinnerungskultur von Alevit:innen und Sunnit:innen nachdenken.

Arbeit an einer Erinnerungskultur

Zu überlegen, wie eine gemeinsame Erinnerungskultur gestaltet werden kann, sei in der Einwanderungsgesellschaft Deutschlands schon deshalb wichtig, weil diese Diskurse darüber hier in einer demokratischen und vielfältigen Gesellschaft möglich sind

„Dass die einen über den Schmerz der anderen mittrauern“

und es hier die Räume dafür gibt bzw. diese hier geschaffen werden können, meinten Özen Odağ und Cem Özdemir. Hüseyin Çiçek berichtete, dass in Bonn ein Forschungszentrum gegründet wurde, das sich genau dieser Frage widmet, denn diese Thematik sei für jede Gesellschaft relevant und aus keiner wegzudenken. Es gelte historische Ereignisse, die lokalen, nationalen und globalen Gewaltgeschichten, Konflikte, Kriege, Unterdrückung usw. als Ansatzpunkte zur Gestaltung von Erinnerungskulturen zu nehmen. Dabei sei jeweils der Bezugsrahmen des Erinnerns zu reflektieren. Wir lebten in einer Welt, die nationalstaatlich geprägt ist und wenn man die Entstehungsgeschichte von Nationalstaaten betrachte, dann sei Homogenität jeweils die leitende Idee gewesen. Doch diese Homogenität basiere auf einer mediatisierten illusionären Realitätskonstruktion, beispielsweise dass ich davon ausgehe, dass ca. 83 Mio. Deutsche so sind wie ich. Überprüfe man diesen Gedanken in den eigenen alltäglichen Wahrnehmungen werde unmittelbar bewusst, wie fragwürdig die Homogenitätsthese ist. Auch Identität sei in einem gewissen Sinn nichts anderes als etwas Vorgestelltes.

Beim Nachdenken über eine Erinnerungskultur sei zu bedenken, dass Migrant:innen ihre Geschichte aus den Herkunftsländern mitbringen, aber auch in die Geschichte des Zuwanderungslandes eintreten, so dass sie mit komplexen, unterschiedlichen historischen Erfahrungen konfrontiert seien. Das wichtigste Tool für ein gemeinsames Nachdenken sei, Menschen an einen Tisch zu bringen, damit sie miteinander reden – nicht etwa damit sie sich

danach alle einig sind, sondern damit sie die Reibungspunkte zwischen ihnen (er-)kennen. Es brauche vielfältige Begegnungen und Austauschformate, um das Gespräch über geschichtliche Ereignisse anzustoßen. In den Dialogen müssten die Beteiligten Position beziehen und wenn sie sich weigerten, könnte man immer wieder nachhaken. Sicherlich müsse geprüft werden, mit wem Gespräche zu dieser Thematik geführt werden kann. Selbst wenn es nicht möglich werden sollte, die Spitzen von Verbänden o.ä. dafür zu gewinnen, gebe es sicherlich auch in der zweiten oder dritten Reihe Akteur:innen, die sich auf schwierige Gespräche einlassen würden. Jedoch dürfe man nicht aus den Augen verlieren, dass Erinnerung immer auch ein umkämpfter Prozess sei und von verschiedenen Strömungen auch unterschiedlich verstanden werden könne – einerseits um sich für Versöhnung und eine friedliche Entwicklung einzusetzen oder andererseits um an den Erinnerungen an erlittene Gewalt festzuhalten.

Cem Özdemir konstatierte, dass es auch schon bessere Zeiten für Gespräche gegeben habe, denn die verschärfte Lage in der Türkei, wirke sich auch auf die Situation und die Möglichkeiten des Dialogs in Deutschland aus. Ein großes Problem sah er darin, dass sich in den Medien viele Blasen gebildet hätten und überwiegend nur noch die Meldungen zur Kenntnis genommen würden, die die eigene Weltsicht bestätigten. Es brauche jedoch mehr Debatten, die in der Breite der Gesellschaft stattfinden. Das betreffe Schulen und anderen gesellschaftlichen Institutionen, die von unterschiedlichen Menschen besucht werden. Die

„Dass die einen über den Schmerz der anderen mittrauern“

Akteur:innen der Debatten müssen Rückendeckung durch die Politik erhalten und es müsse gewährleistet sein, dass man bei Rassismus und Antisemitismus nicht weggeschaut wird.

Dennoch glaube er, dass es – trotz allem Hass, trotz aller Versuche, die Menschen gegeneinander aufzuhetzen, – möglich ist, wenn man allerdings den Menschen die Chance gibt, wieder Mensch zu sein, einander zuzuhören und sich auszutauschen. Dann kämen differenziertere Haltungen zum Vorschein als im ersten Augenblick für möglich gehalten würden. Demokratie lebe davon, dass es Demokraten gibt – Menschen die demokratisch handeln und für die Werte der Demokratie eintreten. Empathiefähigkeit sei aus seiner Sicht eine der wesentlichsten Bedingungen, damit die Demokratie funktioniert. Es gehe nämlich darum, die Stimme zu erheben, ohne zu einer Volksgruppe zu gehören, wenn diese angegriffen wird.

Um mit anderen Communitys einen Dialog zu führen, sei auch immer wieder zu fragen, welche Abhängigkeiten von Organisationen und Einrichtungen aus dem Herkunftsland bestehen und in welcher Weise Einfluss auf Begegnungen und Gespräche in Deutschland genommen werden könnte. Wenn z.B. im Herkunftsland niemand außerhalb des sunnitischen Islam akzeptiert werde, dann würden Einrichtungen, die eng mit dem Herkunftsland verknüpft sind, nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten der Diskussion haben.

Schließlich verdeutlichte Özen Odağ, dass wir hier in Deutschland über diese Themen sprechen können und dies in der Tür-

kei nicht in adäquater Weise möglich ist. Sie erläuterte, dass die politische Handlungsforschung darüber hinaus gezeigt habe, dass die Debatten in der Diaspora bei der Mobilisierung von demokratischen, sozialen Bewegungen im Herkunftsland von enormer Bedeutung sind. Wenn wir hier bestimmte Fragen diskutieren, könne das durchaus Auswirkungen darauf haben, was in der Türkei geschieht.

Wir leben in einem multireligiösen Land, betonte Cem Özdemir, in dem die Menschen selbst entscheiden, ob sie einer Religionsgemeinschaft angehören oder welche Konfession sie wählen. Zwar sei Deutschland ein säkulares Land, jedoch sei die Ausübung einer Religion nicht auf das Private zurückgeworfen.

Religion könne öffentlich ausgeübt werden; jeder könne seine religiösen Bedürfnisse nicht nur leben, sondern auch sich hier organisieren – das gelte auch für Muslime. Doch wer Staatsbürger:in dieses Landes ist, übernehme damit auch die historische Verantwortung für die Shoa. Man könne die Zeit zwischen 1933 und 1945 nicht aussparen, sondern die Auseinandersetzung mit dieser Zeit sei wesentlicher Bestandteil der Erinnerungskultur in Deutschland.

Handlungsmöglichkeiten

In seinen Erläuterungen wies Hüseyin Çiçek auch darauf hin, dass das Pogrom von Sivas für die Alevit:innen auch Anlass dafür war, sich zu organisieren, aus ihrem Schattendasein herauszutreten und sich engagiert zur Wehr zu setzen. Sie lebten zum ersten

„Dass die einen über den Schmerz der anderen mittrauern“

Mal in einem freiheitlichen, demokratischen Verfassungsstaat und merkten, dass ihre Stimmen gehört werden. Die Möglichkeiten sich religiös und zivilgesellschaftlich zu organisieren, eröffne ihnen Räume ihre Gewalterfahrungen zu thematisieren. Er betrachtete diesen Prozess als Emanzipationsbewegung, die für die Community eine nicht zu überschätzende Bedeutung habe. Dennoch dürfe man nicht davon ausgehen, dass Versöhnung und die Arbeit an einer gemeinsamen Erinnerungskultur ein einfacher, konfliktfreier Prozess seien. Es bestehe die immense Erwartung, dass die Sunnit:innen sich zunächst einmal entschuldigen, doch eine Entschuldigung könne auch nur ein erster Schritt auf einem gemeinsam zu gestaltenden Weg sein.

Özen Odağ schilderte, dass an ihrer Universität Studierende aus 75 Nationen, jüdische und nicht-jüdische Menschen, muslimische und nicht-muslimische Menschen eingeschrieben seien. Das erfordere auch, dass alle miteinander immer im Dialog sind.

Schwierige Themen würden in kleinen Gruppen besprochen. An der Universität würden interkulturelle Kompetenztrainings entwickelt, in denen es um Wissen, um historische Zusammenhänge und um Wissen, welche Typen von Ausgrenzungen es gibt, geht. Auch Erinnern brauche Wissen. Andererseits sei Selbstreflexion unabdingbar, nämlich sich bewusst zu sein, dass wir alle Stereotypen und irgendwelche Vorurteile haben, dass diese Erkenntnis etwas grundlegend Menschliches ist, das immer wieder überdacht werden muss. Odağ brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass man die damit verbundenen Automatismen durch eine Stärkung von Reflexionskompetenz durchbrechen kann. Nachdrücklich verdeutlicht wurde durch die Gesprächsrunde, dass die von Cem Özdemir eingangs formulierte Maxime einer Erinnerungskultur, „dass die einen über den Schmerz der anderen mittrauern können“, sehr viele Voraussetzungen impliziere sowie analytisches und reflektiertes Handeln erfordere.



<https://www.youtube.com/watch?v=kPpK81KWU8>

Vor 30 Jahren wurde der rassistische Brandanschlag in Solingen verübt. Im selben Jahr fand auch das antialevitische Pogrom in Sivas statt. Wir sind in dieser Podiumsdiskussion der Frage nachgegangen, wie uns das Erinnern in einer vielfältigen Gesellschaft gelingen kann, welche Rolle dabei die unterschiedlichen Herkunftszugehörigkeiten spielen, welche Konflikte und traumatischen Erfahrungen aus den Herkunftskontexten wir mitdenken müssen und welche unterschiedlichen Nationalismen, Rassismen, kulturellen und religiösen Bezüge wir dabei nicht ausklammern dürfen.

Podium:

- Cem Özdemir, Bundesminister
- Prof. Dr. Özen Odağ, Touro University Berlin
- Dr. Hüseyin Çiçek, University of Vienna

Moderation: Eren Güvercin

Hier geht es zu der Podiumsdiskussion



Schlussbemerkung

In den 1990er Jahren kam es hierzulande zu einer ganzen Serie fremdenfeindlicher Verbrechen. Aber auch heute verbucht Deutschland zahlreiche rassistische, extrem rechte Gewalttaten. Mölln, Rostock-Lichtenhagen und Solingen, die NSU-Morde, Halle und Hanau sind nur ein paar aus dieser Reihe. Hinzu kommt, dass viele Menschen mit Gewalterfahrungen nach Deutschland migriert sind bzw. migrieren, darunter Alevit:innen, die 1993 in Sivas ihr Rostock-Lichtenhagen-Trauma erlebten.

Leitmotiv der zweiteiligen Veranstaltungsreihe „30 Jahre Sivas – 30 Jahre Solingen“ war die Zusammenkunft sunnitischer und alevitischer Akteur:innen, um über die deutsche Erinnerungskultur zu sprechen und sie zur eigenen Geschichtsbewältigung mit Blick auf Sivas und Solingen in Beziehung zu setzen. Ziel war es dabei, nachhaltige Maßnahmen ausfindig zu machen, die nicht bei der NS-Vergangenheit Deutschlands oder bei bestimmten „Opfergruppen“ stehen bleiben. In diesem Zusammenhang sind Beleuchtung und Aufarbeitung der Tathintergründe bedeutsam, um Parallelen zum Hier und Jetzt zu ermöglichen. Es ist bei der Erinnerungsarbeit kontinuierlich zu hinterfragen, wer mit wem erinnert und wer durch das Raster fällt.

Bei der Tagung wurde sofort klar, dass momentan Betroffene von Gräueltaten selbst aktiv werden und Allianzen suchen müssen, um sichtbar zu werden und Gehör zu finden. Wenn allerdings neuen Generationen und Zugewanderten die Erwartung herangetragen wird, sich mit der deutschen Geschichte auseinanderzusetzen und die gesellschaftliche Verantwortung für ein „Nie wieder!“ zu teilen, so bleibt zu fragen, wie eine Erinnerungskultur aussehen kann, die neuen Gesellschaftsmitgliedern Anknüpfungspunkte bietet und zugleich offen für deren Erfahrungen ist. Sowohl Berivan Aymaz als auch Prof. Dr. Özen Odağ und Cem Özdemir bekräftigten, dass Deutschland die Möglichkeit hätte und diese nutzen müsse, um Räume für die Verarbeitung von Gewalterfahrungen – auch aus den Herkunftsländern – zu schaffen. Es ist notwendig, die mitgebrachten Lasten ablegen zu können,

um mit der gesamten Komplexität – Identität, Herkunft, neue und alte Geschichte, gesellschaftliche Verantwortung – zurechtzukommen.

Die Tagung hat deutlich gezeigt, dass es für die belasteten Beziehungen zwischen zwei oder mehreren Gesellschaftsgruppen mehr Begegnung auf verschiedenen Ebenen braucht, um ein unvoreingenommenes Zuhören und die Bereitschaft zu fördern, an der Beziehung zu arbeiten. Eine Erinnerungskultur, die aussöhnt und verbindet, ist jedoch unumgänglich für eine gesund funktionierende Gesellschaft. Der intensive Austausch führte vor Augen, dass es momentan noch sehr schwierig ist, auf der einen Seite das Gemeinsame – im Gedenken an geteilte traumatische Erfahrungen wie in Solingen – zu stärken und auf der anderen Seite über Pogrome wie in Sivas zu sprechen. Es war zwar angestrebt, mit den Teilnehmer:innen eine gruppenübergreifende Strategie gegen das Vergessen und für das Bekämpfen ähnlicher rassistischer Entwicklungen – zumindest ansatzweise – zu diskutieren. Die Gespräche ergaben allerdings, dass vorher noch viel Sensibilisierungs- und Aufklärungsarbeit vonnöten sind, bevor über ein gemeinsames Vorgehen gesprochen werden kann. Gleichzeitig scheint es einem Großteil der Gesamtgesellschaft nicht nur an einem Bewusstsein für die bestehenden Brennpunkte zu fehlen, sondern auch an einer Sensibilität für gewisse Empfindlichkeiten.

In diesem Sinne mögen die in dieser Handreichung geteilten Impulse breiten Anklang finden und v.a. die in den Arbeitsgruppen entwickelten Gedanken beim Annäherungsprozess – nicht nur zwischen Sunnit:innen und Alevit:innen, sondern darüber hinaus zwischen verschiedenen Gruppen der Gesellschaft – Starthilfe geben.



Handreichung zum Thema

30 Jahre Sivas – 30 Jahre Solingen:

Wie können Alevit:innen und Sunnit:innen in Deutschland
eine gemeinsame Erinnerungskultur entwickeln?

www.muslimdebate.de